:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 3.5.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Rechtsextremistische Gruppierung „Sturm 34“ verboten

Der sächsische Innenminister Albrecht Buttolo hat die aus dem Raum Mittweida stammende rechtsextremistische so genannte Kameradschaft „Sturm 34“ auf Grundlage des Vereinsgesetzes verboten. Das Verbot gilt mit sofortiger Wirkung und sei notwendig, da die Gruppierung sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet und ihr Zweck und ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft, so das Innenministerium. Durch 25 Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Chemnitz als der zuständigen Vollzugsbehörde erfolgte die Zustellung der Verbotsverfügungen. Sie richteten sich an 24 Personen, die zum „harten Kern“ der Gruppierung zählen. 200 Polizeibeamte waren im Einsatz. Bei Wohnungsdurchsuchungen wurden u. a. Schreckschusswaffen, Würgehölzer, Helme, Masken, Sturmhauben, rechtsextremes Propagandamaterial, Fahnen, schriftliche Unterlagen, Handys, Computer und Datenträger sicher gestellt.

Die Kameradschaft „Sturm 34“ führt ihre Bezeichnung auf eine in der Region während der Zeit des „Dritten Reichs“ stationierte SA-Brigade gleichen Namens zurück. Die Vereinigung besteht aus einem engeren Mitgliederkreis von ca. 40 bis 50 Personen sowie circa 100 Sympathisanten. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, eine „national befreite Zone“ in Mittweida und Umgebung zu schaffen. Ihre Gewaltangriffe richteten sich gegen „Andersdenkende“ wie beispielsweise Personen aus dem linken Spektrum oder Ausländer. Dabei war den Mitgliedern jede Form der Gewalteinwirkung recht. In diesem Zusammenhang führt die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen einzelne Mitglieder wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und anderer schwerwiegender Delikte.

weiter Seite 3

Inhalt:



Bunte Vielfalt statt brauner Mief

NPD-Aufmarsch in Essen-Borbeck ging in Pfeifkonzert unter

Rundum zufrieden zeigten sich die Initiatoren des Runden Tisches gegen Rechts mit der Aktion gegen den NPD-Aufmarsch am 21.4. 2007 in Essen-Borbeck. Annähernd 1.000 Menschen stellten sich in Borbeck „quer“, darunter viele aus dem Stadtteil. Bunte, vielfältige Aussagen gegen Faschismus und Rassismus prägten das Bild der Borbecker Innenstadt, während die braunen Hetzparolen der über den S-Bahnhof Borbeck angereisten Anhänger von NPD und Kameradschaften in einem gellenden Pfeifkonzert untergingen.

Erfreulich war aus Sicht der Initiatoren vor allem, dass in sehr kurzer Zeit ein für Essen ausgesprochen breites Bündnis zustande kam. Es reichte von den Verfolgten des Naziregimes bis zur Stadtspitze, von einem Verein türkischer und kurdischer Migranten wie DIDF bis zu den Kirchen und dem Borbecker Werbering CEBO. Den insgesamt 11 Rednerinnen und Rednern, die bei der gut einstündigen Kundgebung sprachen und dieses Spektrum repräsentierten, wurde bis zuletzt aufmerksam zugehört.

Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Reiniger (CDU) sprach das erste Mal seit den Aktionen am 1. Mai 2000 bei einer Kundgebung gegen einen Naziaufmarsch – vielleicht hat die Auseinandersetzung um die unsäglichen Äußerungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Öttinger dazu beigetragen. Dr. Reiniger erhielt viel Beifall für die Feststellung, dass Neonazis in Borbeck und in ganz Essen unerwünscht sind und sprach sich für eine offensive Auseinandersetzung mit der NPD aus. Er hob hervor, dass hier alle demokratischen Kräfte gefragt sind, auch wenn sie sonst unterschiedlicher Auffassung sind.

„Stadthistoriker“ Ernst Schmidt aus Borbeck erinnerte in beeindruckenden Worten an die Schicksale von jüdischen Mitbürger/innen und politischen Gegnern des Hitler-Regimes aus Borbeck während der NS-Zeit. Dieter Seifert, stellvertretender DGB-Kreisvorsitzender, hatte 500 Trillerpfeifen der ver.di-Jugend mitgebracht. Alice Czyborra von der VVN-BdA sprach sich für einen erneuten Vorstoß zum Verbot der NPD aus, weil Faschismus keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. Voraussetzung dafür ist, dass Bund und Länder die in die NPD eingeschleusten Spitzel endlich aufdecken.

Auf Initiative des Anti-Rassismus-Telefons übermalten Teilnehmer/innen der Kundgebung eine Garagenwand in der Nähe des Platzes, die seit Wochen mit Hakenkreuzen beschmiert war. Einziger Zwischenfall blieb die kurze, vorübergehende Festnahme von zwei autonomen Antifaschisten an einer der Absperrungen der Polizei am Neuen Markt. Den politischen Erfolg konnte das nicht schmälern. *Wolfgang Freye* ■

„Paneuropa-Tage" in Speyer

Speyer. Die „Paneuropa-Union Deutschland e.V." führt ihre „Paneuropa-Tage" vom 11. bis 13. Mai im Hotel „Domhof" in Speyer durch. Die Tagung unter dem Motto „Paneuropa: Europa neu gestalten" steht unter der Schirmherrschaft von Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl. In zwei Foren soll über die Vereinbarkeit von „Religion und Staat" und über die „Erweiterungsstrategien der EU" diskutiert werden. Als Festredner wird u.a. der ehemalige italienische Kulturminister Rocco Buttiglione angekündigt, der der „Päpstlichen Akademie der Wissenschaften" angehört. Ein Grußwort soll Werner Langen, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, halten. *hma* ■

DVU-Veranstaltung in Bremerhaven

Bremen. Nachdem sich die „Deutsche Volksunion" (DVU) die Überlassung der Stadthalle Bremerhaven vor dem Verwaltungsgericht Bremen erstritten hat, soll dort auf einer Wahlkampfveranstaltung am 6. Mai auch Gerard Menuhin reden. Menuhin war bis 2005 Vorsitzender der von seinem Vater gegründeten Yehudi-Menuhin-Stiftung und soll in Bremerhaven zum Thema „Ich schlage vor, Sie wählen DVU" sprechen. Neben Menuhin werden auf der Veranstaltung auch DVU-Chef und Millionär Gerhard Frey und die Vorsitzende der DVU-Fraktion im Landtag von Brandenburg, Liane Hesselbarth, anwesend sein. *hma* ■

„pro Köln" gegen „Abgrenzungswahn"

Köln. Nach ihrer Teilnahme an einer Podiumsdiskussion der Wiener FPÖ, auf der auch Vertreter des rassistischen „Vlaams Belang" aus Belgien und der französischen „Front National" (FN) sprachen, hat sich die Fraktionsvorsitzende der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln", Judith Wolter, zum weiteren Vorgehen von „pro Köln" geäußert. So seien „Vlaams Belang" und FPÖ „hinsichtlich einer gemeinsamen patriotischen Liste bei künftigen Europawahlen" an „seriösen Partnern in Deutschland zur Vernetzung der nonkonformen Opposition in Europa interessiert". Die Mannschaft rund um „pro Köln" habe bewiesen, das sie ein „gefestigtes Weltbild" habe und „nicht beim ersten Gegenwind umfalle", so Wolter. Mit Blick auf die nächste Kommunalwahl in NRW ist geplant, dass prominente Redner von FPÖ und „Vlaams Belang" die Absichten „pro Kölns" unterstützen werden, in weiteren Städten des Landes Fuß zu fassen. Im Herbst will FPÖ-Chef Strache zu einem Gegenbesuch nach Köln kommen, wo auch eine große Pressekonferenz stattfinden soll. Für die „heiße Wahlkampfzeit" werde auch „eine direkte organisatorische Unterstützung angedacht", so etwa „in Form von zusätzlichen Plakatiertrupps oder Wahlkampfmaterialien". Für geplante lokale Gründungen der „Bürgerbewegung pro NRW" in Bonn und Düsseldorf ständen die „besten Köpfe" zur Verfügung. Bei der nächsten Kommunalwahl würden sicherlich Köln und Gelsenkirchen „eine zentrale Rolle spielen", um an Rhein und Ruhr „ein politisches Erdbeben auszulösen". Wenn dies gelingen würde, „wird auch ein breit angelegtes nonkonformes Bündnis für die Landtagswahl 2010 angestrebt". „Darüber hinaus gehende Ziele", weder „allgemein bundesweit noch in bestimmten Regionen", würden derzeit nicht verfolgt. „Pro Köln" und „pro NRW" würden sich „eisern an den Grundsatz" halten, „schon bestehende, erfolgreiche Strukturen nicht schwächen zu wollen". „Wir werden den etablierten Parteien ganz bestimmt nicht den Gefallen tun, als „Spaltpilz" im nonkonformen Spektrum aufzutreten", so Wolter. Dafür sei man „auch mit zahlreichen Gesprächspartnern rechts der Mitte in Kontakt, sei es in Nordrhein-Westfalen oder bundesweit". „Unser Ziel", so Wolter, sei „ein politischer Neuanfang mit möglichst viel Kooperationsbereitschaft in alle Richtungen und ohne den Abgrenzungswahn, der bei manchen Gruppierungen üblich ist". Wolter weiß, wovon sie spricht. Die ehemalige Kommunalwahlkandidatin der sog. „Republikaner" sprach 2002 ein Grußwort auf dem Bundeskongress des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten", gab 2003 dem NPD-Organ „Deutsche Stimme" ein Interview und 2006 der „Deutschen Nationalzeitung" des DVU-Chefs Frey (Quelle: „pro Köln"-Rundbrief vom 24.04.2007) *abk* ■



Ratsbeschluss gegen Nazi-Aufmärsche

Der Essener Stadtrat hat bei seiner letzten Sitzung am 28.3.2007 auf Anregung der Fraktion Die Linke./DKP/AUF in einer vom Oberbürgermeister formulierten Resolution seine bisherige Beschlussfassung zu Naziaufmärschen bekräftigt. Darin heißt es:
Der Rat der Stadt Essen spricht sich entschieden gegen eine Demonstration der NPD in Essen aus.
Er appelliert an die genehmigenden Behörden und Gerichte, alles rechtlich Mögliche zu unternehmen, um die Demonstration zu verhindern. Der Rat fordert alle Essener Einwohnerinnen und Einwohner auf, sich gegen die geplante Demonstration zu wehren. Der Rat der Stadt Essen bekräftigt diese Grundsätze und unterstreicht damit die Kontinuität seiner entschiedenen Zurückweisung rechtsextremistischer Tendenzen.

NPD gewann bei Wahl in Sachsen-Anhalt 10 Kreistagssitze hinzu

Sachsen-Anhalt. Die rechtsextreme NPD, die in den bisherigen Kreistagen Sachsen-Anhalts drei Vertreter hatte, legte bei den Kommunalwahlen am Sonntag zu und hat künftig 13 Kreistagssitze in Sachsen-Anhalt. Sie konnte – da es keine 5-Prozent-Klausel gab – überall dort, wo sie kandidierte auch ein Mandat gewinnen, erzielte aber deutlich weniger Stimmen, als erwartet. Bei den vorgezogenen Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt gab es mit 36,5% die niedrigste Wahlbeteiligung denn je. Das erhöhte die Chancen der extremen Parteien enorm, deren Wähler in der Regel ‚diszipliniert' wählen gehen. So hatten die Rechtsaußen auch diesmal kalkuliert, doch der Erfolg fiel vergleichsweise magerer aus. Dort, wo sie zur Wahl stand errang die NPD bei den Kreistagswahlen nur zwischen 2,3 bis 4,7 Prozent, wahltaktisch reicht der NPD dies allerdings aus, um sich angesichts der nächsten Landtagswahlen eine strategisch bessere Ausgangsposi-

tionen zu verschaffen. Sie erhielt im Jerichower Land 2,3% 1 Sitz, Saalekreis: 2,4% 1 Sitz, Salzland: 2,9% 2 Sitze, Bitterfeld 3,2% 2 Sitze, Harz 3,6% 2 Sitze, Mansfeld-Südharz 4,2% 2 Sitze, Burgenland 4,7% 3 Sitze, die DV errang in Dessau-Roßlau mit 2% 1 Sitz. Der Verein Miteinander e.V. in Sachsen-Anhalt sieht in dem Wahlergebnis eine zunehmende Verankerung der NPD und kommentierte das Ergebnis wie folgt:

„Im Zuge der gestrigen Kommunalwahlen ist es der neonazistischen NPD gelungen, in 7 Kreistage Sachsen-Anhalts mit 13 Mandatsträger/innen einzuziehen. Folglich ist der NPD in all jenen Landkreisen der Sprung in die Kommunalparlamente gelungen, in denen sie sich zur Wahl stellte. Dieses Wahlergebnis ist sowohl Ausdruck der zum Teil gewachsenen kommunalen Verankerung der NPD als auch der weit verbreiteten Akzeptanz rechtsextremer Forderungen in Sachsen-Anhalt. Roman Ronneberg, Geschäftsführer von Miteinander e.V. sagte hierzu: „Der NPD ist es in den vergangenen Monaten gelungen, handlungsfähige Strukturen im Land aufzubauen und sich stärker an der öffentlichen Meinungsbildung zu beteiligen.“ Er verwies in diesem Zusammenhang auf die enge Zusammenarbeit der rechtsextremen Partei mit der neonazistischen Kameradschaftsszene. Die NPD vermochte es, insbesondere jugendliche Wähler/innen anzusprechen. Zugleich warnte Roman Ronneberg davor, die NPD mit ihren politischen Forderungen in die parlamentarische Arbeit der demokratischen Parteien einzubeziehen. So dürfe es auch in den Kreistagen keine Form der Zusammenarbeit mit Vertretern rechtsextremer Parteien geben. „Die demokratischen Parteien sind aufgefordert, ihre Verantwortung für ein demokratisches Miteinander wahrzunehmen und der NPD in den Kommunalparlamenten keine Plattform für ihre menschenverachtende Politik zu bieten.“

Um der fortschreitenden Etablierung der NPD entgegenzuwirken, müsse es stattdessen eine offensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Zielen und der Strategie der Neonazis in und außerhalb der Parlamente geben. Mit Blick auf zurückliegende Wahlergebnisse in Sachsen werden laut Ronneberg durchaus Analogien deutlich. Eine Ursache des hohen Wählerzuspruchs bei der Wahl zum Dresdner Landtag im Jahr 2004 war die kommunale Verankerung der NPD in einigen Landkreisen des östlichen Bundeslandes. *www.miteinander-ev.de* ■

Neonazistische Mobilmachung am 1. Mai 2007

DORTMUND. In mehreren Städten, unter anderem in Dortmund, sollen in diesem Jahr Neonazi-Demonstrationen zum 1. Mai stattfinden. Wie der Hamburger Christian Worch mitteilte, gebe es einen „überwiegend bisher wohl erfolgreichen Versuch einer Koordination für den 1. Mai zwischen NPD und parteifreien Kräften“. Eine regionale Aufteilung sei sinnvoll, um den Teilnehmern am 1. Mai, der in diesem Jahr auf einen Dienstag fällt, weite Anreisewege zu ersparen. Der Koordination zwischen „Freien“ und NPD zum Opfer gefallen ist der von Worch seit 1998 alljährlich organisierte Aufmarsch am Tag der Arbeit in Leipzig. Mitte Januar 2007 sagte er gegenüber der Stadtverwaltung diese Veranstaltung ab.

Bereits im November 2006 hatten Dortmunder Neonazis für den 1. Mai eine Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kapitalismus: Heraus zum 1. Mai“ angemeldet. In dem Aufruf heißt es: „Der 1. Mai ist der Feiertag, an dem die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten auf die Straße getragen werden. Wir [...] stellen uns in die Tradition derer, die an diesem Tag traditionell Arbeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für unser Volk gefordert haben.“ Und weiter: „In der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung, nach der Freiheit, die eigenen Geschicke auf politischer, sozialer, kultureller und ökonomischer Ebene selbst zu lenken, liegt die Kraft, die herrschende kapitalistische Ordnung zu überwinden.“



Als Veranstalter treten „Parteifreie Nationalisten aus folgenden Städten (Regionen): Bielefeld, Bochum, Bottrop, Dinslaken, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gladbeck, Gütersloh, Hamm, Hochsauerlandkreis, Krefeld, Kreis Lippe, Kreis Recklinghausen, Leverkusen, Schaumburg, Wuppertal“ in Erscheinung. Außerdem werde „die Demonstration durch den NPD Landesverband NRW, sowie alle Kreisverbände der Jungen Nationaldemokraten und die Niederländische Volksunion unterstützt“.

Aufgrund der massiven Mobilisierung, des langen zeitlichen Vorlaufes, der Attraktivität des Austragungsortes Dortmund (über 40 Aufmärsche seit 1998 und handlungsfähige neonazistische Strukturen vor Ort), des Ausfalls des Leipziger Aufmarsches und der bundesweiten dezentralen Orientierung der NPD ist in Dortmund mit einer TeilnehmerInnenzahl von bis zu 1.000 Neonazis zu rechnen. Bereits für das Wochenende zuvor sind verschiedene Vorabdemos der Nazis geplant, so u.a. in der ostwestfälischen Provinzstadt Paderborn.

Infos zu Gegenaktivitäten:
http://www.no-nazis.de
http://www.erstermai.tk
http://projekte.free.de/bgr-do
http://www.antifakok.de ■

Fortsetzung von Seite 1

Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion kritisierte die zu späte und nicht hinreichende Reaktion des Innenministers:

„Innenminister Buttolo hat sich einmal mehr als unentschlossen und zögerlich bei der Bekämpfung der extremen Rechten erwiesen. Wenn es seit Jahresbeginn mehr als 50 nachgewiesene Übergriffe durch Neonazis im Kreis Mittweida gegeben hat, kann das Verbot des „Sturm 34“ nur als längst überfällig bezeichnet werden. ... Die heute genannten Zahlen von rund 150 Mitgliedern dieser Neonazi-Organisation liegen um ein Vielfaches höher als die bisherigen Annahmen der Behörden. Ein zeitigeres Eingreifen wäre nicht zuletzt deshalb notwendig gewesen, weil der „Sturm 34“ sein proklamiertes Ziel, Mittweida von politisch Andersdenkenden und Ausländern zu „befreien“„ mit äußerster Brutalität verfolgt hat. Ich erinnere nur an den Überfall auf das Dorffest Breitenborn zu Pfingsten 2006, bei dem als Anlass für einen gewalttätigen Angriff von 20 bis 30 Schlägern mit mehreren Verletzten ausreichte, dass ein Ausländer die Feier besuchen wollte.

Der jetzt erfolgte Schritt ist nicht hinreichend. Dafür spricht, dass Führungsmitglieder des „Sturm 34“ in die überregionale Struktur „Bundesdivision Sächsischer Sturm“ eingebunden sind. Ein Export des sehr brutalen Vorgehens auf andere Landkreise hätte verheerende Folgen für die Sicherheitslage im gesamten Freistaat. Deshalb ist eine konsequente Zerschlagung sämtlicher Strukturen der Neonazis im Kreis Mittweida zwingend geboten. Es versteht sich von selbst, dass die anstehenden Strafverfahren nunmehr zeitnah zu erfolgen haben... Dringend notwendig ist, dass den Opfern des „Sturm 34“ endlich ausreichende Hilfsangebote zur Verfügung gestellt werden müssen und nicht-rechte Jugendstrukturen im Kreis Mittweida mit finanziellen Mitteln und geschultem Fachpersonal gestärkt werden müssen.

In diesem Zusammenhang bedauere ich sehr, dass der Antrag des Landkreises Mittweida auf Mittel aus dem Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus abgelehnt worden ist. ... Die gravierenden Probleme mit der extremen Rechten sind durch die jetzigen Schritte keineswegs gelöst. Um den darüber hinaus gehenden Forderungen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, hoffe ich auf eine große Beteiligung an einer bunten und gewaltfreien, aber auch entschlossenen antifaschistischen Demonstration in Mittweida am 12. Mai. Dort haben die politisch Verantwortlichen die Gelegenheit zu zeigen, dass sie den Ernst der Lage erkannt haben und es nicht bei Lippenbekenntnissen und halbherzigen Schritten belassen.“

Mitteilung des Innenministeriums und PM Kerstin Köditz, MdL ■

Nazis in Parlamenten – in Berlin und Sachsen

BERLIN. Seit den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen im September 2006 sitzen in fünf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen Mitglieder der NPD, DVU bzw. der Republikaner. Kurz nach den Wahlen haben sich mehrere engagierte Personen zu einem Projekt zusammengeschlossen, welches sich „Nazis in den Parlamenten (NiP) Berlin“ nennt. Ziel dieses Projektes ist die kontinuierliche, kritische Dokumentation der Aktivitäten rechtsextremer, neonazistischer Parteien in den Parlamenten, aber auch die Schaffung eines Netzwerkes, welches sich überregional mit ihrer Arbeit in Parlamenten allgemein beschäftigt. NiP-Projekte gibt es momentan in Sachsen (http://nip.systemli.org) und Berlin. Für das Berliner NiP- Projekt wurde unter www.nip-berlin.de eine Internetseite initiiert, welche von nun an regelmäßig aktualisiert wird. Auf dieser Seite finden sich einzelne Porträts der Abgeordneten der NPD, DVU und der Republikaner sowie eine ausführliche Dokumentation und Analyse der verschiedenen Sitzungen durch Berichte. Außerdem wird geguckt, wie die Mitglieder der NPD, DVU bzw. der Republikaner im außerparlamentarischen Bereich agieren. Zusätzlich gibt es allgemeine Informationen zu NPD, DVU und den Republikanern, sowie ein umfangreiches Glossar.

Kontakt unter nip-berlin@gmx.de ■

Eisern für das Eiserne Kreuz

BERLIN. Am 27. März 2007 hat ein Timmy Schwarz aus Bremen eine Petition eingereicht, in der er vom Bundestag fordert, „das Eiserne Kreuz als Verdienstorden für herausragende Leistungen von Bundeswehrsoldaten wieder einzuführen.“ In seiner Begründung führt Schwarz an, dass mit der Stationierung von Truppen im Ausland veränderte Umstände entstanden seien („Die Bundeswehr ist zur Armee im Einsatz geworden.“), der die bisherige Vergabepraxis nicht gerecht würde. Bisher existierende Auszeichnungen hätten keine „tiefe historische Bedeutung“, so Schwarz.

Diese sollte eigentlich eher dazu angetan sein, von der Wiedereinführung dieser „Auszeichnung“ abzusehen. Das EK wurde 1813 vom preußischen König gestiftet und sollte an das Symbol des Deutschen Ritterorden erinnern. Das EK wurde nach den Kriegen 1870 und dann in hoher Zahl im ersten Weltkrieg verliehen, um eine große Anzahl nationalistisch aufgeputschter Soldaten zu motivieren, sich auch weiter für „Kaiser und Vaterland“ verheizen zu lassen.

Im zweiten Weltkrieg wurde dem EK dann ein kleines Hakenkreuz eingeprägt und es wurde eine Kollektion von exklusiveren Auszeichnungen („Ritterkreuze“) für besondere Leistungen für das Regime geschaffen. Unter den mit dem Ritterkreuz Ausgezeichneten finden sich auch mehrere hundert Waffen-SS-Mitglieder und natürlich Hitlers treue Wehrmachtsgeneräle. Einem dänischstämmigen Ritterkreuzträger aus den Reihen der Waffen-SS wurde es zum Verhängnis, als er sich 1995 mit seiner „Auszeichnung“ am Ulrichsbergtreffen der Veteranen der Waffen-SS in Österreich präsentierte und dabei filmen ließ. Seitdem verlangt Dänemark von Deutschland die Auslieferung des in Bayern lebenden deutschen Staatsangehörigen, der während der deutschen Besatzung Dänemarks an der Erschießung eines Journalisten beteiligt war.

Heute ist eine Abwandlung des EK Hoheitszeichen der Bundeswehr.

Bis zum 23. April hatten knapp 3.000 Personen diese Petition zur Wiederbenutzung des EK unterzeichnet, viele davon online und mit der Angabe eines militärischen Ranges. *T.L.* ■

Kranzniederlegung zur Befreiung Kriegsgefangener 1945

OERBKE. Zum Gedenken an die zigtausenden toten sowjetischen Kriegsgefangenen trafen sich Gewerkschaftsvertreter mit Interessierten am Bahnhof Bad Fallingbostel, wo eine Tafel ans grausame Verreckenlassen durch Hunger, Seuchen, Erfrieren und Morden erinnert. Klaus Kleinau, Initiator der Gedenktafel, berichtete von den Problemen, bis die Gedenktafel endlich angebracht wurde.

Auf dem Friedhof der Kriegsgefangenen in Oerbke erläuterte DGB-Regionsvorstandsmitglied H-D Charly Braun, die bereits 1923 von den Nazis propagierten Ziele, Osteuropa bis zum Ural zu erobern. Deutsche sollten sich dort ansiedeln und die einheimische Bevölkerung als Sklaven für sich arbeiten lassen. Bereits kurz nach Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion 1941 wurden zigtausende Kriegsgefangene in wochenlangen Viehwagentransporten in Lager der Wehrmacht gebracht. Wie in Oerbke, Wietzendorf, Belsen-Hörsten und andernorts wurden die gefangenen Rotarmisten in ein umzäuntes Waldstück eingesperrt. Ohne ein Dach überm Kopf, gruben sie sich Erdlöcher. Die Ernährung bestand aus Baumrinde, Gras und dem sogenannten „Russenbrot“, hergestellt aus Rüben und Sägemehl. Offiziere, Intellektuelle, politische Kommissare wurden aussortiert und sofort in Konzentrationslagern ermordet. Nur Wenige überlebten den ersten Winter. Etwas mehr Glück hatte, wer zur Zwangsarbeit in Rüstungsbetriebe kam. Erstaunlich ist, dass diese geschundenen Menschen gar noch zu Widerstand in der Lage waren. Dazu gehörte, Informationsbeschaffung zur Kriegslage über lebensgefährliche Kontakte zu den benachbarten westlichen Kriegsgefangenen, Verhinderung von Anwerbung für eine russische Armee, die an der Seite der Wehrmacht kämpfte, Sabotageaufträge an jene, die zur Zwangsarbeit kamen.



Egon Hilbich und Klaus Harjes erläuterten die 62-jährige Geschichte des Gedenkens in Oerbke. Ein von den Überlebenden errichtetes aussagekräftiges Denkmal, wurde schon bald abgerissen und von deutschen Verantwortlichen durch ein anderes ersetzt. Wer in den 70er und 80er Jahren zum Thema forschte, musste gar mit Mobbing rechnen. Am 8. Mai 1985 wurde eine Gedenkfeier behindert, in dem ein Bundeswehrmanöver spontan um Tage verlängert wurde. Viel zur Aufklärung beigetragen hat die, in einer GEW-Broschüre zusammengefasste Forschungsarbeit von Detlef Gieseke, Barbara Meier und Hans Hillmann. Erst nach dem Ende des „Kalten Krieges“ entstand eine große Erklärungstafel.

Der DGB versteht diese Kranzniederlegung auch als ein Zeichen gegen den aktuellen Rassismus und die zunehmenden Naziumtriebe, erläuterte H-D. Charly Braun. *PM DGB Hannover* ■

Frankreich nach dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl:

Klaut Nicolas Sarkozy nun Le Pen seine Wähler?

Der große Wahlverlierer im ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl ist der rechtsextreme Kandidat Jean-Marie Le Pen.

Zuvor hatten ihn die Meinungsforschungsinstitute die letzten Monate hindurch konstant überbewertet, und zahlreiche Beobachter hatten über mögliche „Überraschungen" auf dieser Seite spekuliert oder gemunkelt. In aller Regel waren dem Chef des Front National (FN) zwischen 13 und 17 Prozent der Stimmen vorhergesagt worden. Nur war Le Pen dieses Mal, anders als früher, durch die Meinungsforschungsinstitute über- und nicht unterschätzt worden. Da seine Wähler ihre Stimmabsichten den Meinungsforschern gegenüber gern verschweigen, werden oft so komplizierte „Umrechnungsfaktoren" an seine Umfragewerte angelegt, dass diese Prognosen auch täuschen können.

Zahlen, Zahlen

Am 22. April 2007, in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl, erhielt der Chef des Front National (FN) 10,5 Prozent der Stimmen. Dies ist sein magerstes Ergebnis überhaupt bei einer Präsidentschaftswahl, sieht man von seiner Kandidatur im Jahr 1974 (0,74 Prozent) ab, als die extreme Rechte noch eine Splitterpartei bildete. 1981 hatte der rechtsextreme Politiker nicht kandidieren können, und bei seinen drei Kandidaturen von 1988, 1995 und 2002 erhielt er zwischen 14,4 und 17 Prozent.

Man muss aber auch die absoluten Zahlen heranziehen, denn da die Wahlbeteiligung in diesem Jahr stark angestiegen ist (eine Konsequenz insbesondere der Polarisierung „pro oder kontra Sarkozy" in einem Großteil der Wählerschaft), sinkt der prozentuale Anteil automatisch bei gleichbleibender Wählerzahl. In absoluten Zahlen ausgedrückt, hat Jean-Marie Le Pen am 22. April dieses Jahres 3,8 Millionen Wähler angezogen. Das sind gut eine Million weniger als beim ersten Durchgang, und anderthalb Millionen Stimmen weniger als im zweiten Durchgang der Wahl von 2002. Damals hatte Jean-Marie Le Pen 4,77 Millionen Wähler in der ersten Runde (zuzüglich 660.000 für seinen rechtsextremen Konkurrenten Bruno Mégret) und 5,45 Millionen im zweiten Wahlgang. Dies entsprach damals einem Stimmenanteil von jeweils rund 17 Prozent.

Der rechtskatholische Politiker und nationalkonservative Graf Philippe de Villiers, Chef der Kleinpartei Mouvement pour la France (MPF, „Bewegung für Frankreich"), erhielt seinerseits in diesem Jahr 2,2 Prozent der Stimmen und gut 800.000 Stimmen. Seine Stimmen wären wohl, hätte de Villiers nicht antreten können, gut zur Hälfte an Le Pen und zu rund einem Drittel an Nicolas Sarkozy gegangen. Er war vor fünf Jahren nicht angetreten. Aber 1995 hatte Philippe de Villiers bereits einmal zur französischen Präsidentschaftswahl kandidiert und damals einen Anteil von 4,74 Prozent sowie 1,4 Millionen Stimmen erzielt. Sein diesjähriges Ergebnis ist ein klarer Misserfolg. Ihm war es im Vorfeld der Wahl nicht gelungen, einen eigenständigen Platz zwischen Jean-Marie Le Pen auf der einen Seite, und den Konservativen unter Nicolas Sarkozy auf der anderen Seite zu behaupten.

Gute Stimmung noch auf der letzten Veranstaltung vor der Wahl

Der große Wahlsieger in der diesjährigen ersten Runde ist bekanntlich der frühere Innenminister Nicolas Sarkozy. Er erhielt, mit 11 Millionen Wählerinnen und Wählern, genau 31 Prozent der Stimmen.

Regionale Unterschiede...

Besonders deutlich ist der Rückgang des FN-Kandidaten in jenen Regionen, wo die Wählerschaft der Partei historisch von der traditionellen Rechten gekommen ist. Dies gilt für das Elsass, wo der FN seit den 1980er Jahren eine traditionell christdemokratisch geprägte Wählerschaft – im Zuge ihrer Entkonfessionalisierung – aufgesogen hatte, und für die Region PACA (Provence-Alpes-Côtes d'Azur). Dort hatte die rechtsextreme Partei sich vor allem auf ehemalige Algerienfranzosen, die nach der Entkolonialisierung in Mittelmeernähe angesiedelt worden und traditionelle Rechtswähler sind, stützen können. In diesen Regionen hat die konservative Rechte mit ihrem Kandidaten Nicolas Sarkozy beträchtliche Zugewinne auf Kosten Le Pens erzielen können. Gleichwohl zählen dieselben Regionen weiterhin zu jenen, wo der FN-Kandidat, relativ betrachtet, am stärksten abgeschnitten hat: Im Elsass und in PACA erhält er je noch 13,6 bzw. 13,8 Prozent. Geringer sind seine Verluste (gemessen am früheren Stimmenanteil) in früheren Arbeiterregionen – wie der Picardie, die erst in den letzten Jahren zur Hochburg des FN geworden ist, wo Le Pen sich aber noch immer bei 15,4 Prozent hält und seinen größten Stimmenanteil in einer französischen Region erzielt. Hier sind die Überschneidungen zwischen dem traditionellen rechten, konservativen Publikum und dem FN relativ gering, und Le Pen hat nicht so hohe Verluste zugunsten des Kandidaten der bürgerlichen Rechten zu beklagen.

...und soziale Verteilung der FN-Stimmen

Was die Verteilung seines landesweiten Ergebnisses auf soziale Gruppen betrifft, so sind die Kleinunternehmer mit rund 13 Prozent und die Arbeiter in ähnlicher Höhe leicht überrepräsentiert. Was die Arbeitslosen betrifft, so kommt es darauf an, auf welche Auswertung der Wahl man blickt, denn mal sollen sie zu 9 Prozent und dann wieder zu 15 Prozent für Le Pen gestimmt haben. Am stärksten fällt der Stimmenanteil für Le Pen, laut Zahlen der Wirtschaftszeitung ‚La Tribune' vom 23. April, unstrittig mit 24 Pro-

zent unter den Zeitarbeitern aus. Anscheinend sind viele von ihnen darum bestrebt, ihre täglich erlebte soziale und wirtschaftliche Prekarität durch ein ausgeprägtes, ideologisiertes „Sicherheitsbedürfnis“ zu kompensieren.

AUSZUG AUS NICOLAS SARKOZYS INTERVIEW IN ‚Libération' VOM 12. APRIL

Frage: Diese Forderung nach dem Ministerium (Anm. „für Einwanderung und nationale Identität“, laut Sarkozys Formulierung) erhob bislang allein der Front National.

Antwort Nicolas Sarkozy: Wenn Le Pen etwas anfasst, ist es deshalb noch nicht verboten, es zu berühren. (...) Es gibt ein Problem mit der Zuwanderung, die Integration funktioniert nicht länger.

Frage: Aber die meisten Einwanderer integrieren sich...

Antwort: Das Kopftuch, die ‚großen Brüder', die Zwangsehen, (...) die Neuankömmlinge, die unter sich bleiben, die schwierigen Viertel mit Ghettostrukturen, habe ich das alles erfunden?

Frage: Sie wollen die Wähler Le Pens?

Antwort: Wenn ich sage, ich will die Stimmen der Arbeiter, greift niemand mich an. Aber wenn ich sage: Achtung, man muss die Wähler des FN gewinnen, dann gibt es ein Erdbeben! In wessen Namen soll es schlecht sein, die Wähler des FN gewinnen zu wollen?

Sarkozy attraktiv für viele FN-Wähler

Offenkundig ist das Kalkül des Kandidaten, der für den konservativen Bürgerblock antrat, aufgegangen: Nicolas Sarkozy rückte demonstrativ weit nach rechts und appellierte so oft an die „nationale Identität“, dass er einen Teil der rechtsextremen Wähler anziehen konnte. (Vgl. auch die vorige Ausgabe der AN) Laut Zahlen, die am 24. April 07 in der Tageszeitung ‚Libération‘ veröffentlicht wurden, haben 23 Prozent der Wähler Jean-Marie Le Pens aus dem Jahr 2002 sich in diesem Jahr schon im ersten Wahlgang für den konservativen Kandidaten entschieden. Hingegen spricht die liberale Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ gar von 28 Prozent der Wähler Le Pens von vor fünf Jahren, die direkt zu Nicolas Sarkozy übergelaufen seien. Die auf Satire und Enthüllung spezialisierte Pariser Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîné‘ (25. April) stellt dies in einer Karikatur dar: „Immer dieses Unsicherheitsproblem! (Le Pen beschwert sich beim Polizeikommissar, der für die Aufnahme von Strafanzeigen zuständig ist und die Züge von



„Marsch der Vergessenen“ am Samstag vor der Wahl, aus den Banlieues nach Paris: Ein Pappkamerad Sarkozy bekommt symbolisch Prügel

Ex-Innenminister Sarkozy trägt:) ‚Man hat mir meine Wähler gestohlen!‘“

Die linksliberale ‚Libération‘ ihrerseits hatte am 23. April in einer Karikatur einen Kopf Nicolas Sarkozys auf dem Rumpf Jean-Marie Le Pens, neben dessen abgefallenem Haupt, dargestellt. Für Polemiken mit Linken und Liberalen im Vorfeld der Wahl hatte insbesondere Sarkozys – am 8. März 07 geäußerter, und oftmals wiederholter – Vorschlag zur Einrichtung eines Ministeriums für „Einwanderung und nationale Identität“ gesorgt. In einem Interview mit Libération vom 12. April hatte der Ex-Innenminister explizit von seinem Willen, „die Wähler des FN zu gewinnen“, gesprochen.

Jean-Marie Le Pen selbst wird am 1. Mai anlässlich des traditionellen rechtsextremen Aufmarschs vor der Pariser Oper verkünden, zu welchem Stimmverhalten im zweiten Durchgang er aufruft. In der Vergangenheit hat er sich dabei unterschiedlich positioniert. So rief er 1988 aus: „Keine Stimme für (François) Mitterrand!“ Das ließ eine Stimmabgabe für dessen konservativen Gegenkandidaten Jacques Chirac ausdrücklich offen. Aber in der Folgezeit zürnte Le Pen über den bürgerlichen Politiker, da dieser keinen persönlichen Kontakt mit ihm akzeptierte, sondern ihn nach Le Pens Worten „als Aussätzigen behandelte“. Bei der Wahl von 1995 dagegen wertete Le Pen im Vergleich mit Chiracs sozialdemokratischem Widersacher: „Chirac ist schlimmer als Jospin!“ Derzeit wird mit Spannung erwartet, ob Le Pen am 1. Mai, direkt oder indirekt, zur Stimmabgabe für Nicolas Sarkozy in der Stichwahl fünf Tage später aufrufen wird oder nicht.

Ankündigung

Unsere Berichterstattung darüber, sowie unsere Wahlauswertung werden wir in der kommenden Ausgabe der AN fortsetzen. Zumal nun auch in der rechtsextremen Presse eine spannende Diskussion über die Ursachen der Niederlage begonnen hat. Die rechtsextreme Wochenzeitung ‚Minute‘, die eine Scharnierfunktion zwischen dem rechten Flügel der Konservativen und dem FN einnimmt, publizierte ihre Ausgabe vom 25. April unter dem Titel: „Die Gründe eines Flops.“ Im Blattinneren analysiert sie ausführlich die Ursachen für den Rückgang, und berichtet ferner über einen angespannten Wahlabend beim FN, in dessen Verlauf die Fäuste flogen. Spannende Lektüre in der nächsten Ausgabe...

Bernhard Schmid (Paris) ■

Gemeinsam gegen ASEM und G8 – Bundesweite Demonstration am 28. Mai

Hamburg. In Hamburg findet am 28. und 29. Mai das asia-europe-meeting (ASEM) statt – ein Treffen der EU-Außenminister mit 15 ihrer südost-asiatischen Amtskollegen. Diese Provokation nur eine Woche vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm wird nicht unbeantwortet bleiben! Pfingstmontag (28.5.) wird es in Hamburg eine Großdemo gegen das ASEM-Treffen geben. Der Auftakt ist um 12 Uhr auf dem Spielbudenplatz/ Reeperbahn. Die Veranstalterin, das „Bundesweite Bündnis gegen EU- und G8-Gipfel“, sieht darin eine Gelegenheit, gegen die EU vorzugehen, die auch in einer linken Öffentlichkeit noch immer kaum als eigenständiger Akteur bei der Ausplünderung der Welt wahrgenommen wird. Ausbeutung und Unterdrückung, Hunger und Kriege haben ihre Ursachen im weltweiten Kapitalismus. Die EU und ihre Konzerne sind wesentliche Nutznießer dieser Zustände. Die Demonstration dient natürlich auch der Mobilisierung nach Rostock und Heiligendamm. G8- und EU-Gipfel versenken!

http://hamburg.dissentnetzwerk.org ■

Zur Entstehung von Feindbildern und ihre gesellschaftliche Funktion – Feindbild Islam

von Dr. Erol Yildiz, Universität Köln, Forschungsstelle für Interkulturelle Studien, AN-Tagung 24.2.2007

Einleitende Bemerkungen:

- **Die Grenzen zwischen Fremdbildern und Feindbildern sind fließend**
- **Mit der Bildung von Nationalstaaten entstanden nicht nur neue Grenzen, sondern auch neue Fremd- und Feindbilder**
- **Das heißt, dass die Grenzen definieren, wer fremd und wer Feind ist**
- **Bei der Definition von Fremd- und Feindbildern spielen Macht- und Dominanzverhältnisse eine wesentliche Rolle**

I Selbstbilder – Fremdbilder – Feindbilder

1. Fremdbilder und Machtinteressen

„Es gibt Fremde und Allzufremde“: Es gibt unterschiedliche Bilder vom Fremden, die unterschiedliche Erfahrungen mit den jeweils Anderen zum Ausdruck bringen. Denn nicht jeder Fremde ist auf gleiche Weise fremd. So gibt es in der deutschen Gesellschaft ganz unterschiedliche Prototypen des Fremden, z.B. wenn wir an das Bild von dem Moslem als dem Fremden denken oder aber an die Fremdbilder, wie sie von den Juden existieren, von Sinti und Roma oder auch von Menschen mit schwarzer Hautfarbe.

Insofern scheint es nicht gleichgültig und beliebig zu sein, wer der Fremde ist.

Je entschiedener die Grenzen gegenüber dem Anderen gezogen und Gemeinsamkeiten getilgt werden, desto mehr wird der Fremde zum Feind. Fremdes und Eigenes wird nun als unvereinbar und die Andersheit des Anderen als gegen das Selbst gerichtet wahrgenommen.

So wird die Distanz verabsolutiert und Fremdheit wird zu einem anthropologischen Phänomen.

Um die Distanz und Hierarchie aufrechtzuerhalten, müssen die Grenzen (vor allem symbolische) zwischen „Wir“ und die „Anderen“ immer wieder neu gezogen und bestätigt werden (Insofern handelt es sich um irgendwelche abstrakte Diskurse, die unabhängig von der Alltagspraxis existieren).

Das geschieht vor allem dadurch, dass die Bilder über die Anderen in den Medien, im Alltag, in der Wissenschaft und der Politik immer wieder reproduziert werden (Dazu werde ich später Beispiele geben).

Die Grenzen werden vor allem dabei mithilfe von Identifikationsritualen gezogen, bei denen die Anderen als Fremde identifiziert und auf ihre Fremdheit hingewiesen werden. Das geschieht häufig z.B. mithilfe solch alltäglicher und harmlos erscheinender Fragen wie „Woher kommst du?“, also mit so genannten Herkunftsdiskursen.

1.1 Fremd- und Feindbilder und soziale Hierarchie

Fremd- und Feindbilder dienen zur Aufrechterhaltung und Legitimierung sozialer Hierarchien und blockieren den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen

Wenn die Fremden den ihnen zugewiesenen Platz in den Nischen der Gesellschaft verlassen und ihren Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen einfordern (Beispiel: die 2. und 3. Generation der Gastarbeiter), dann müssen die Etablierten in Konkurrenz mit denen treten (Der gegenwärtige Integrationsdiskurs)

In diesem Zusammenhang sind drei Aspekte relevant:

a) Fremdheit ist nicht nur Ausdruck einer aktuell erlebten Beziehung, sondern meist auch Niederschlag einer langen Geschichte der Auseinandersetzung und eines tradierten „Wissens“ über die Fremden. Dabei wurden die Fremdbilder immer in Korrespondenz zu den Selbstbildern geschaffen.

b) Eine wesentliche Basis dieses Selbstverständnisses liegt in dem, was wir heute mit dem geopolitischen und zugleich kulturellen Begriff der „westlichen Welt“ meinen, also dem christlichen Abendland). Dabei ist das Spezifische dieser Kultur vor allem das, was wir die Moderne nennen, denn Europa nimmt für sich in Anspruch, diese hervorgebracht zu haben.

c) Ein weiterer zentraler Faktor in der Konstruktion von Eigenem und Fremden war im Zuge der modernen europäischen Entwicklung die Nation. Sie schuf neue politische Einheiten, die neue Selbst- und Fremdbilder notwendig machten.

Bis heute prägen die nationalen Grenzen das Selbst- und Fremdbild entscheidend, so dass etwa in der BRD der Begriff „Ausländer“ zum Synonym für den Fremden geworden ist.

2. Selbst- und Fremdbilder in der europäischen Moderne

Bei der Entstehung von Selbst- und Fremdbildern in der europäischen Moderne spielte der Evolutionsgedanke eine konstitutive Rolle:

Der Evolutionsgedanke prägte die gesamte Philosophie der Aufklärung. So hat etwa Kant die unterschiedlichen „Rassen“ und Nationen als unterschiedliche Objektivierungen der Vernunft verstanden, als unterschiedliche Qualitäten in der Entwicklung des natürlichen Daseins.

Dieser Evolutionsgedanke versuchte den Widerspruch zu überbrücken, dass das moderne Europa auf der einen Seite die universalen Menschenrechte von Freiheit und Gleichheit verkündete und auf der anderen Seite auf ihren „Entdeckungsreisen“ Millionen von Menschen verschleppten, versklavten und ermordeten und ihnen den Status des Menschseins absprachen.

Aber auch innerhalb der europäischen Gesellschaften zeigte sich der Widerspruch zwischen der Propagierung der republikanischen Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und der Fortführung bestehender sowie Etablierung neuer sozialer Hierarchien, wie z.B. in Bezug auf die Frauen, die unteren sozialen Schichten, auf behinderte Menschen. Diese galten als weniger zivilisiert, als unvernünftig und anormal.

So konnten aufgrund der „naturgegebenen“ Differenzen zwischen Menschen sowohl Hierarchisierung und Ausgrenzung legitimiert wie auch aufgrund der Formbarkeit der „Menschenlichen Natur“ Anpassung eingefordert aber auch Gleichheit versprochen werden.

Dazu ein Beispiel:

Die zwiespältigen Folgen dieser „Naturalisierung“ werden besonders an der Transformation des christlichen Antijudaismus in den modernen Antisemitismus deutlich: Bis zur Moderne wurde die christliche Judenfeindlichkeit im Wesentlichen mit religiösen Differenzen begründet.

Mit der Moderne jedoch wurden die religiösen Differenzen in einen Unterschied zwischen „Rassen“ transformiert, d.h. in einen biologisch begründeten Unterschied umgedeutet. Die Rassenlehre ordnete nun die Juden auf der Basis der semitischen Sprachgemeinschaft der semitischen „Rasse“ zu und zog damit unerreichbare, absolute Grenzen.

Gleichzeitig wurde aber von den Juden erwartet, sich zu assimilieren und an die Mehrheitsgesellschaft anzupassen. Dieser Widerspruch kommt selten so drastisch zum Ausdruck wie in dem berüchtigten Zitat von Fichte, der angesichts der Emanzipationsbewegungen der Juden meinte:

→

„Aber ihnen Bürgerrechte zu geben, dazu sehe ich wenigstens kein Mittel als das, in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine Idee mehr sey“ (zit. Nach Hentges 1999: 116).

Nur wenn die Juden ihr Jüdisch-Sein abgelegt hätten und so zum „Allgemeinen der Menschheit“ vorgedrungen wären, sollten sie als gleichberechtigte Bürger gelten.

2.1 Zivilisation und Barbarei

Hier greife ich die Gedanken von Zygmunt Bauman über den Zusammenhang zwischen Zivilisation (Fortschritt) und Barbarei auf, die mir in diesem Kontext sehr interessant erscheinen.

Für Bauman ist die Barbarei das „verborgene Antlitz“ der Moderne. Sie zeige sich vor allem in der „unerbittlichen Lust nach Ordnung, Transparenz und Unzweideutigkeit“ (1992).

Die Unfähigkeit, Ambivalenz zu ertragen, das Streben nach Klarheit, Eindeutigkeit, Homogenität produziere immer notwendig Abfall, Unordnung und das Unkontrollierte. In der Moderne geht es nach Bauman darum, die Welt zu zwingen, anders zu sein als sie ist. Die Gewalt wird dabei nicht ausgemerzt, sondern nur neu verteilt. Das Prinzip der Ordnung nimmt keine Rücksicht auf den Eigenwert der Wirklichkeit. Diese Gewalt der Ordnung, die trennt, was nicht zu trennen ist, und Eindeutigkeit herstellt, wo es keine gibt.

3. Nationale Selbst- und Fremdbilder

Die Segmentierung der Welt in Nationalstaaten leitete ein ethnisch zentriertes Zeitbewusstsein ein und etablierte neue Weltdeutungen, Geschichtsschreibungen und kulturelle Normvorstellungen. Neue Mythen wurden erfunden, neue Grenzen gezogen und neue Ordnungen errichtet. Neue Einheiten wurden simuliert, einige Sprachen privilegiert, andere marginalisiert und diskriminiert.

Die Nationen brachten mit ihren Grenzziehungen also neue Gegensätze hervor. Das Prinzip ethnischer Homogenität trennte nun scharf zwischen den Fremden und Zugehörigen. Die einen wurden ausgegrenzt und die anderen zur Anpassung gezwungen. Je eindeutiger dieses Prinzip angesichts vielfältiger Uneindeutigkeiten vertreten wurde, desto mehr mussten die Gemeinsamkeiten überhöht und die Differenzen polemisch aufgeladen werden.

3.1 Soziale Ungleichheit und Leistungsideologie

Die Fremd- und Feindbilder werden dazu benutzt, die vorhandene soziale Ungleichheit zu legitimieren und neue Ungleichheiten zu erzeugen

Die formale Ungleichheit, wie sie in der Demokratie festgeschrieben ist, bedarf auch ihrer materiellen Fundierung. Insofern besteht ein Zusammenhang zwischen Bürgerrechten und sozialen Rechten.

Was die öökonomische Hierarchisierung in der Gesellschaft betrifft, so wird vielfach argumentiert, dass die Verhältnisse heute sehr viel egalitärer wären als früher, da sich die soziale Verelendung der Unterschicht deutlich abgemildert habe. Aber es entstehen neue Unterschichten. Bezieht man in die Analyse alleine die deutschen Staatsangehörigen ein, so geraten die Flüchtlinge, Asylbewerber und die Menschen ohne Papiere, die so genannten „Illegalen“, aus dem Blick, die in aller Regel um ihre nackte Existenz kämpfen müssen.

Beispielsweise ist noch immer in erster Linie die soziale Herkunft entscheidend, wenn es um die Verteilung von beruflichen Chancen geht. Das geschichtete Schulsystem sorgt weiterhin für die Fortschreibung von Ungleichheit (PISA-Studie)



II Kulturen im Konflikt

4. Feindbild „Islam“: Vom Orientalismus zum „Kampf der Kulturen“

Das Bild vom Anderen ist nicht ein für allemal festgelegt, sondern ständig im Fluss, je nach Machtverhältnissen.

Das wurde in den letzten Jahren nirgendwo so deutlich wie im Zusammenhang mit „dem“ Islam, der immer mehr als Gegenspieler des Westens wahrgenommen und damit zum Prototypen des Fremden und vielfach auch des Feindes gemacht wurde.

Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks fand entsprechend der neuen weltpolitischen Lage eine Umarbeitung der Selbst- und Fremdbilder statt.

In diesem Zusammenhang hat Samuel Huntigton den Begriff vom „Kampf der Kulturen“ (1996) geprägt.

Die religiöse Zugehörigkeit wird in den Mittelpunkt gerückt.

Seine Analyse der weltweiten ethnopolitischen Dynamik entspricht nun allerdings auch der innerdeutschen Diskussion, die Fremdheit inzwischen auch in erster Linie in der Zugehörigkeit zum Islam sieht. Früher waren die Einwanderer in erster Linie über ihre nationale Herkunft definiert worden. Heute hingegen steht vielmehr ihre vermutete religiöse Zugehörigkeit im Vordergrund der Wahrnehmung und inzwischen wird entschieden vor der Bedrohung durch eine Reislamisierung gewarnt (etwa Heitmeyer u.a. 1997).

Zunächst stellt sich jedoch die Frage, warum das Feindbild Islam im Westen so leicht mobilisiert werden konnte. Das hatte sicherlich auch mit der jahrhundertelange wechselhaften Geschichte der Auseinandersetzung zwischen Orient und Okzident zu tun.

So gibt es zahlreiche Erzählungen und Bilder vom Orient, die bis zurück in die Jahrhunderte der Kreuzzüge reichen und unter den aktuellen politischen Verhältnissen offensichtlich sehr rasch aktiviert werden konnten, und zwar vor allem die Bilder vom gefährlichen, fanatisierten Moslems, der die Existenz des christlichen Abendlandes bedroht.

Durch diese Polarisierung werden Wechselwirkungen zwischen den Kulturen und vor allem politische und ökonomische Faktoren in ihrer Bedeutung negiert (Kulturalismus).

Diese kulturalistische und polarisierende Sichtweise finden wir in der heutigen Debatte auch bei Huntigton. So scheut dieser sich nicht, das Christentum im Gegensatz zum Islam als grundsätzlich friedfertiger hinzustellen. Insofern argumentiert er selbst fundamentalistisch, indem er die Geschichte und die gegenwärtigen Machtverhältnisse negiert und die „Kulturen“ auf scheinbar fundamentale Grundrichtungen reduziert.

Europas Reaktion auf den Islam nimmt selbst fundamentalistische Züge an. Es gibt einen neuen Fanatismus der Aufklärung, eine neue säkulare Arroganz.

Hingegen würde eine genaue Beschäftigung mit „dem Islam“ deutlich machen, dass es hier viele unterschiedliche religiöse und ideologische Strömungen gibt wie in anderen Weltreligionen auch.

4.1 Islamischer Fundamentalismus

Fundamentalismus ist vielfach zu einem klischeebeladenen Kampfbegriff geworden, der den radikalen politischen Islam mit dem Islam insgesamt gleichsetzt.

Dabei wird vergessen, dass dieser Begriff zuerst zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den USA von radikalen Protestanten erfunden wurde. Sie beriefen sich auf die „Fundamente des Christentums“ und glaubten im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein (Busch ist ein aktuelles Beispiel dafür).

In der Gegenwart wird der Islam aber auch generell zu einer kulturellen Ressource, mithilfe derer gegen die westliche Dominanz argumentiert wird.

Der islamische Fundamentalismus reagiert also auf die aktuellen Transformationsprozesse auf mehreren Ebenen: Er bietet konkrete Unterstützung und sozialen Rückhalt: Er verspricht eine politische und pragmatische Alternative für diejenigen, die von diesem System enttäuscht sind.

Mythen und Feindbilder dienen bis heute dazu, die Gesellschaft „aufzuräumen“, in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten. ■

Gedenkfeier zur Selbstbefreiung des KZ Buchenwald

BUCHENWALD, 15.APRIL 2007. An der Gedenkveranstaltung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos zum 62. Jahrestag der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald (11. April 1945) nahmen 800 Menschen teil.

Bertrand Herz, der Präsident des Komitees, mahnte in seiner Rede:

„Vor fast genau 62 Jahren, am 19. April 1945, schworen die Überlebenden von Buchenwald auf genau diesem Platz, dass sie beim Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit mithelfen würden. Seit 62 Jahren erinnern die Überlebenden der Lager Buchenwald, Dora und Kommandos unaufhörlich an das Leid, das die nazistische Barbarei ihnen zugefügt hat, aber sie erinnern vor allem auch an die Solidarität und ihren Kampf gegen diese Ideologie der Willkür und der Menschenverachtung. Auf diese Weise wollen sie ihrem Schwur treu bleiben und durch ihr Beispiel und ihre Tat dazu beitragen, eine Welt des Friedens und der Toleranz zu schaffen.

Unser Kamerad Franz von Hammerstein war in Buchenwald aufgrund des schändlichen Erlasses inhaftiert, der die Familien der Verschwörer vom 20. Juli 1944 zu Geiseln machte und in « Sippenhaft » nahm, weil jene den kriminellen Wahnsinn der Nazis beenden wollten. Er wird an sein Schicksal erinnern und die Werte nennen, die er genau durch diese Erfahrung vermitteln will.

Unsere Stimmen werden bald verstummen, aber der Schwur vom 19. April 1945 bleibt. Die Erinnerung an Buchenwald und gegen die Gleichgültigkeit, das Vergessen und die Geschichtsfälschung bleibt. Und vor allem bleibt die Pflicht, dagegen zu kämpfen, dass wieder auflebt, was unter anderem der Schmelztiegel nazistischer Greuel war:

Angriffskriege, Terrorismus und Gewalt, Rassismus, Antisemitismus, nationalistische, ideologische und – heute – religiöse Intoleranz.

Jetzt müssen die heutigen und zukünftigen Generationen weitermachen. Wenn es uns, die ehemaligen Häftlinge nicht mehr gibt, dann tragen sie unsere Stimmen. Vor 2 Jahren haben sich hier an gleicher Stelle zum 60. Jahrestag der Befreiung 5 Jugendliche unseren Schwur in einer feierlichen Erklärung zueigen gemacht. Heute werden nacheinander Jugendliche aus 5 Ländern, aus Deutschland, Frankreich, Polen, Russland, der Tschechischen Republik und ein Vertreter der Sinti und Roma jeweils in ihren Sprachen kurze Zeitzeugenberichte ehemaliger Häftlinge verlesen. In den künftigen Gedenkveranstaltungen werden Jugendliche anderer Nationen und Vertreter der jüdischen Gemeinschaft Gelegenheit haben, das Wort zu ergreifen. Diese Jugendlichen machen nicht nur das erlebte Leid deutlich sondern die andauernde Solidarität und den Willen der Häftlinge, angesichts der versuchten Entmenschlichung voll und ganz Mensch zu bleiben.

Möge das Nachdenken beim Verlesen dieser und vieler anderer Berichte den Frauen und Männern gegenwärtiger und künftiger Generationen dabei helfen, ihren Platz in der Gemeinschaft voll auszufüllen und sich für ein Europa (und eine Welt) mit mehr Frieden und Toleranz einzusetzen.“



Danach sprach Dr. Franz von Hammerstein,

der als Jugendlicher im KZ Buchenwald inhaftiert war. Seine Familie war in „Sippenhaft“ genommen worden, weil Mitglieder der Familie am Aufstand des 20. Juli 1944 beteiligt waren. Von Hammerstein zog eine wichtige Schlussfolgerung aus der Erfahrung seiner KZ-Haft:

„Inspiriert durch den Schwur von Buchenwald wurden wir zu Mitbegründern der Aktion Sühnezeichen: ‚Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden schuldig...‘ Auch der Prophet Jesaja in der Bibel ruft uns zu: ‚Gehet ein, gehet ein durch die Tore, bereitet dem Volk den Weg! Machet Bahn, machet Bahn, räumt die Steine hinweg! Richtet ein Zeichen auf für die Völker!‘ (Jes. 62)

Die am stärksten Betroffenen wollten zuerst nicht mit uns zusammenarbeiten: Juden, Polen, Russen wollten von Deutschen nichts wissen. Aber wir bekamen Einladungen, in Coventry, England, zu arbeiten, das von den Nazis vollkommen zerstört worden war. In Lyon,. Frankreich, bauten wir eine Synagoge, die dort überlebende Juden dringend brauchten, in Taizé, Burgund, bauten wir für die Bruderschaft von Frère Roger Schütz die Versöhnungskirche und halfen so, unter der Jugend Europas den Friedensgedanken und die Einsatzbereitschaft für Frieden zu verbreiten. Einladungen kamen auch aus Holland und Norwegen, bei der Eingliederung von den durch Nazis Verfolgten zu helfen. Wir fanden Freiwillige für alle diese Aufgaben. Auf Grund von Berichten über diese Arbeit wurden wir dann auch nach Polen, nach Auschwitz, eingeladen, nach Israel und schließlich nach Russland, so dass ein großes Netzwerk von Aufgaben entstand, das sich bis heute verstärkt.

Heute sind das jährlich 190 Freiwillige, die in Europa, Russland, Israel und in USA überlebenden Nazi-Opfern helfen, ein ganzes Jahr oder im Sommer zwei bis vier Wochen, etwa 200 Freiwillige, von denen viele sich auch anschließend für Frieden und Versöhnung einsetzen.

Ich will nur einige Beispiele nennen: als Freiwilliger kann man Juden, Kommunisten, Russen, Polen und viele andere kennen lernen, ihnen in Alter und Krankheit helfen, ihre Geschichte während der Nazi-Zeit erzählt bekommen, oft auch in Orten wie Theresienstadt (Terezin), Auschwitz oder in den deutschen KZs Sachsenhausen, Buchenwald, Dachau arbeiten.

So wie damals im KZ die verschiedensten Menschen miteinander leben mussten, Zwangsarbeit leisteten, starben, so arbeiten heute Freiwillige aus vielen Ländern, suchen sich gute Aufgaben. Frieden und Freiheit, Vergebung und Versöhnung ist ihr Ziel.“

Nacheinander verlasen dann Jugendliche aus 5 Ländern, aus Deutschland, Frankreich, Polen, Rußland, der Tschechischen Republik und eine Vertreterin der Sinti und Roma, jeweils in ihren Sprachen, kurze Zeitzeugenberichte ehemaliger Häftlinge.

Steffen Trostorff, der Enkel des ehemaligen Buchenwald-Häftlings Klaus Trostorff las aus dem Bericht des ehemaligen politischen Häftlings Paul Wojtkowski von 1945. Paul Wojtkowski gehörte zu den ersten Häftlingen des KZ Buchenwald, die das Lager aufbauen mussten. Im Sommer diesen Jahres erinnert das Komitee an den 70. Jahrestag der Errichtung Buchenwalds.

Vor dem Beginn seiner Lesung bat Steffen Trosdorff darum, dass ihm ein Wort an einen Ministerpräsidenten im Südwesten Deutschlands gestattet sei. Er sagte: Gegner des NS-Regimes waren in Konzentrationslagern wie diesem, sie waren nicht Marinerichter im Dienste der Nazi-Herrschaft.

Die Teilnehmer der Gedenkfeier dankten ihm für dieses klärende Wort.

Daniel Vencorsky, der Enkel des ehemaligen tschechischen Häftlings Professor Dr. Robert Bardfeld – Mitglied des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos – berichtete von den Gedanken, die seinen Großvater am 62. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald bewegen.

Galina Shamkhalova, eine junge Historikerin aus Rußland und ehemalige Freiwillige an der Gedenkstätte Buchenwald, las Auszüge aus dem Bericht des sowjetischen Kriegsgefangenen Alexej Lysenko. Er berichtete über die Ankunft der ersten sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Buchenwald am 8.10.1941.

Raphael Hidrot, der Enkel eines wegen Widerstandes deportierten Franzosen, las den Lebensbericht von Jules Busson, Häftlingsnummer 51817, der seine Ankunft auf dem Bahnhof von Buchenwald am 14. Mai 1944 nach einer schrecklichen Fahrt aus dem Lager Compiègne nördlich von Paris beschreibt, einer Fahrt, die 4 Tage und 3 Nächte dauerte und bei der die Häftlinge zu Hundert in einem Waggon eingepfercht waren.

Marta Depte, eine junge polnische Studentin der Bauhaus-Universität Weimar, las einen Auszug aus dem Lebensbericht von Krystyna Zofia Zylka, geborene Brzecka. Krystyna Zylka musste zusammen mit ihrer Mutter Stanilawa Brzecka und ihren Schwestern Halina und Maria im HASAG-Außenlager in Meuselwitz Zwangsarbeit leisten. Eine weitere Schwester, Scholastyka Mocige, war zur gleichen Zeit im Außenlager Markkleeberg eingesperrt.

Sabrina Guttenberger, deren Familie aus sogenannten rassischen Gründen von den Nationalsozialisten verfolgt wurde, sprach über das, was sie mit diesem Tag der Befreiung Buchenwalds verbindet und beschrieb die Geschichte der Verfolgung von Hildegard Franz und ihrer Familie. *gba, Fotos: VVN Aachen* ■

Die Rede von Sabrina Guttenberger:

Mein Name ist Sabrina Guttenberger. Ich bin eine deutsche Sintezza aus der zweiten Nachkriegsgeneration. Meine Großmutter wurde im Mai 1940 gemeinsam mit ihren Eltern, Geschwistern und zahlreichen Verwandten aus sogenannten rassischen Gründen in das besetzte Polen deportiert, nur weil sie Sinti und Roma waren und obwohl sie als Deutsche seit Generationen in Karlsruhe beheimatet waren. Nach Kriegsende sind aus unserer Familie nur wenige in ihre Heimat zurückgekehrt; die meisten wurden in Auschwitz und in den anderen nationalsozialistischen Vernichtungsstätten ermordet. Es gibt unter uns Sinti und Roma keine Familie, die nicht den Verlust von Angehörigen zu beklagen hat. Der Name Buchenwald ist zum Symbol geworden auch für den Völkermord an 500.000 Sinti und Roma im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten. Die Erinnerung an den Holocaust wird die Identität unserer Minderheit auch in der Zukunft entscheidend prägen. Aus den Erzählungen der Überlebenden aus meiner Familie weiß ich, dass für sie das würdige Gedenken an ihre Toten einen hohen Stellenwert einnimmt.

Heute gedenken wir aller Menschen, die dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer fielen: weil sie Sinti, Roma oder Juden waren, weil sie behindert oder krank waren, weil sie eine andere politische oder religiöse Überzeugung vertraten, weil sie eine dunkle Hautfarbe hatten, sich zu ihrer Homosexualität bekannten oder gegen den Nationalsozialismus zur Wehr setzten. Es freut mich sehr, dass heute noch viele Überlebende unter uns sind.

Ich möchte nun auf die Verfolgungsgeschichte der deutschen Sintezza Hildegard Franz eingehen. Sie wurde 1921 in Tübingen geboren, ist in Ravensburg aufgewachsen, wo sie 1935 die Schule abgeschlossen und danach bei der Stadt Ravensburg gearbeitet hatte. Im Jahr 1936 wurde die Familie wie alle deutschen Sinti und Roma von NS-Rasseforschern erfasst und untersucht, aufgrund der Rassegesetze entrechtet und aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt. Die Familie wurde in ein eigens für Sinti und Roma eingerichtetes, mit Stacheldraht umzäuntes Lager in Ravensburg eingepfercht. Ab März 1943 wurden die Sinti und Roma nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Dort wurde Frau Franz von ihrem Mann und ihren drei Kindern getrennt. Sie musste Zwangsarbeit leisten. Ihre Kinder starben bald darauf, ihr Mann erlag kurz nach der Befreiung den Folgen der KZ-Haft. Im August 1944 wurde Frau Franz bei der Selektion als „arbeitsfähig“ eingestuft und zurück in das „Reich“ transportiert. In Buchenwald wurde sie verschiedenen Arbeitskommandos zugeteilt. Sie musste in Munitionsfabriken in Schlieben und Altenburg Panzerfäuste und anderes Kriegsgerät herstellen. Nach dem Näherrücken der Alliierten wurde sie von der SS auf den Todesmarsch nach Meerane bei Chemnitz gesetzt, wo sie von den Amerikanern befreit wurde. Hildegard Franz hat bei ihrer Rückkehr nach Ravensburg ihren Bruder wiedergetroffen. Nur wenige Angehörige haben den Holocaust überlebt.

In einem Interview sagte Frau Franz: „Die furchtbaren Geschehnisse von damals lassen uns bis heute nicht los; sie sind in unseren Gedanken stets präsent. Wir sind Gefangene unserer Erinnerung. Aber wir müssen den jungen Menschen davon berichten, damit so etwas nie wieder geschehen kann.“

Die Generation der Zeitzeugen steht bis heute für die Erinnerung an die nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen. Den Überlebenden gebührt dafür unser Dank und Respekt. Wir als Angehörige der Opfer haben ihr Vermächtnis zu bewahren, nämlich die Erinnerung an ihr erlittenes Unrecht auch für künftige Generationen wach zu halten.

■

Angebliche Trennungslinien gegen Rechtsextremisten sind oft nur heiße Luft

Wählervereinigung „Bremen muss leben" drängt mit Macht in die Bürgerschaft

Von Thomas Klaus

Unter Geldmangel scheinen Jürgen Siegerist und seine deutlich rechts gestrickte Wählervereinigung „Bremen muss leben" nicht zu leiden. Zur Bürgerschaftswahl (Landtagswahl) am 13. Mai in Bremen und der zeitgleichen Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven verbreiten sie in riesigen Auflagen ihre populistischen Schriften und schalteten zahlreiche seitenfüllende Zeitungsanzeigen. Ob dieses Engagement für einen Einzug in Kommunal- und Landesparlament reichen wird, steht jedoch in den Sternen.

Ganz offiziell ist „Bremen muss leben" ein Landesverband der von Jürgen Siegerist geführten „Deutschen Konservativen", die sich in der Vergangenheit zum Beispiel für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess und gegen den CDU-Ausschluss des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann stark gemacht hatten. Auf Kongressen dieses Verbandes mit Sitz in Hamburg traten auch schon ausgewiesene Rechtsextremisten wie der Liedermacher Frank Rennicke und die Rechtsanwältin Gisa Pahl auf, die lange Zeit mit dem berüchtigten Neonazi und Juristen Jürgen Rieger zusammengearbeitet hatte.

In manchen Veröffentlichungen wettert die Wählervereinigung „Bremen muss leben" gegen den „braunen Sumpf". Dabei hat sie vor allem die konkurrierende „Deutsche Volks-Union" (DVU) des „National-Zeitungs"-Verlegers Dr. Gerhard Frey im Sinn. Die DVU ist in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung mit einer vierköpfigen Fraktion vertreten. Außerdem sitzt sie aufgrund einer Besonderheit des bremischen Wahlrechts in Persona von Siegfried Tittmann aus Bremerhaven in der Bürgerschaft, dem Landesparlament.

Randbemerkung: Auf Platz Sechs in Bremen tritt Professor Dr. Bernd Rabehl für die Wählervereinigung „Bremen muss leben" an. Der frühere ultralinke Weggefährte des Studentenführers Rudi Dutschke – heutzutage des öfteren auf NPD-Veranstaltungen zu Gast – gab 2004 der „National-Zeitung" ein ausführliches Interview. Die Fragen hatte DVU-Chef Gerhard Frey persönlich gestellt.

„Deutsche Partei" ist eng in das Projekt eingebunden

In der Praxis haben die angeblichen Trennungslinien von „Bremen muss leben" gegen Rechtsextremisten oft keinen Bestand, wie sich anhand zahlreicher weiterer Beispiele belegen lässt. Das fängt ganz oben an der Spitze bei Jürgen Siegerist an. Der 59-jährige Journalist und Werbemanager wurde 1987 wegen Beleidigung von Willy Brandt zu einer Geldstrafe von 17.550 Mark verurteilt. Zehn Jahre später „kassierte" er wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Beleidigung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung; hinzu kam eine Geldstrafe in Höhe von 24.000 Mark.

Massive Zweifel an der angeblichen Abscheu für den „braunen Sumpf" ergeben sich zum Beispiel auch angesichts der Tatsache, dass laut einer Mitteilung des Landesverbandes Bremen der „Deutschen Partei" (DP) sechs der sieben Kandidaten in Bremerhaven DP-Mitglieder sind. Der ehemalige DP-Bundesvorsitzende Heiner Kappel unterstützte „Bremen muss leben" im Wahlkampf – so wie übrigens auch der österreichische Rechtsausleger Jörg Haider. Der einstige Pastor Kappel war zuerst Vorsitzender der hessischen FDP-Landtagsfraktion, danach Bundesvorsitzender des stark rechtslastigen „Bundes freier Bürger" (BfB) und landete schließlich bei der „Deutschen Partei". Dort wurde er Bundesvorsitzender, aber 2005 nach internen Machtkämpfen abgesetzt. Der baden-württembergische Verfassungsschutz warf Kappel vor, als DP-Bundesvorsitzender habe er gegenüber Rechtsextremisten keine Berührungsängste gekannt. Nach Einschätzung des bremischen Landesverfassungsschutzes und anderer Verfassungsschutzämter ist die DP „rechtsextremistisch" geblieben.

In ihrem Programm für Bremen und Bremerhaven redet die Siegerist-Truppe unter anderem einer „Bürgerwehr", einheitlicher Schulkleidung als Maßnahme gegen „Marken-Neid" und – besonders interessant – der Abschaffung des Volksverhetzungs-Paragraphen im Strafgesetzbuch das Wort („Wer heute die Wahrheit sagt, der steht mit einem Bein im Gefängnis. Eine Demokratie muss jede Meinung ertragen können").

Weitere Programmbestandteile sind zum Beispiel der Kampf für die „Sauberkeit der deutschen Sprache", für härtere Strafen gegen Kaugummi-Spucker und Zigarettenkippen-Wegwerfer sowie gegen die Verschuldung im kleinsten Bundesland. Gegen die Verschuldung will die Wählervereinigung „Bremen muss leben" einen Spar-Kommissar mit staatsanwaltschaftlichen Befugnissen einsetzen. Der soll Politiker vor Gericht stellen können, sofern sie „Geld zum Fenster hinaus werfen". Die Politiker sollen notfalls sogar mit dem eigenen Vermögen haften.

Auch die „Schein-Asylanten" nehmen Jürgen Siegerist und seine Gesinnungsfreunde ins Visier. Im Programm heißt es zu diesem Punkt: „Alte Menschen in Pflegeheimen werden aus Kostengründen nur noch minutenweise und mit Blick auf die Stoppuhr versorgt – aber für unangebrachtes Scheinasyl geben wir Riesen-Summen aus (...)".

Das Studium der Kandidaten-Listen ist in mancherlei Hinsicht erhellend. In Bremerhaven führt Ronald Gläser (Jahrgang 1973) die Liste an. .Der Chefreporter der „Deutschen Konservativen Zeitung", die zu den „Deutschen Konservativen" gehört, war bis vor kurzem Mitglied der FDP in Berlin und hatte dort sogar für den Landtag kandidiert. Er wurde zum „nationalliberalen" Flügel der FDP gerechnet. Gläser war Reporter der ultrarechten, zeitweise vom Verfassungsschutz beobachteten Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF).

Den Wirtschaftsteil der JF verantwortete lange Zeit der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Bernd-Thomas Ramb, einst Mitbegründer des „Bundes Freier Bürger". Ramb betätigte sich als Wahlhelfer für „Bremen muss leben", indem er ein Dossier zur ökonomischen Situation des Landes mit dem Titel „Der Fall Bremen(s)" verfasste. Das wird – mit einem Vorwort von Siegerist – von „Bremen muss leben" verbreitet. In dem Ramb-Dossier wird unter anderem vorgeschlagen, dass Bremen eine Staatsinsolvenz beantragen könnte.

Für Bremen will Joachim Siegerist als Spitzenkandidat in die Bürgerschaft rutschen. In ultrarechten Zusammenhängen aufgetaucht ist neben den Kandidaten Gläser und Siegerist sowie Professor Rabehl ebenso der Parlamentsanwärter Ivan A. Denes (Platz Vier in Bremen), Chefredakteur der „Deutschen Konservativen Zeitung".

Auf der Kandidaten-Liste finden sich allerdings auch „unverdächtige" Bürger, die durchaus eine gewisse Anziehungskraft auf bürgerliche Wähler oder Urnengänger aus dem Arbeitermilieu ausüben könnten. Das trifft zum Beispiel auf Peter Helmes zu, der in Bremen an dritter Stelle gesetzt ist und viele Jahre Bundesgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung war. Ilse Herkorn entdeckt man in Bremen auf dem neunten Rang. Sie war aktive Gewerkschafterin, SPD-Aktivistin und Betriebsratsvorsitzende im Verlag der Bremer Tageszeitung „Weser-Kurier". Und Hartmut Richter (Platz15 in Bremen) arbeitete als Betriebsratsvorsitzender im Hafen von Bremen.

Ein Schachzug war gleichermaßen die öffentlichkeitswirksame Unterstützung, die „Bremen muss leben" von Elisabeth und Friedrich Roselius zum einen und Joachim Modersohn zum anderen erhielt. Deren Vorfahren hatten in Bremen als Unternehmer, Kunstförderer und Künstler Akzente gesetzt. Die Namen haben in Bremen noch immer einen guten Klang – wobei die Betonung möglicherweise auf „noch" liegen muss... ■

Stelle des Abschiebebeobachters wird wieder besetzt

DÜSSELDORF. Der Flughafen Düsseldorf International bekommt wieder einen Abschiebebeobachter. Zum 1. April tritt Joachim Vorneweg (44) seinen Dienst als Abschiebebeobachter an. Er sei froh, dass nach einer Zeit der Vakanz die Arbeit nun wieder fortgeführt wird, sagt der Vorsitzende des Forums Flughäfen in Nordrhein-Westfalen, Landeskirchenrat Jörn-Erik Gutheil von der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Eine erste Bewährungsprobe für den neuen Abschiebebeobachter werde der zweite Eurocharter im April ab Düsseldorf sein. Eurocharter sind Sammelabschiebungen mehrerer Länder der Europäischen Union. Betroffen sind vor allem Flüchtlinge, die sich zuvor schon gewaltsam gegen Abschiebungen gewehrt hatten. Der Abschiebebeobachter arbeitet im Auftrag des Forums Flughäfen und wird vom Land Nordrhein-Westfalen bezahlt. Die Abschiebebeobachtung ist als Monitoring angelegt und in dieser Form europaweit einmalig.

Joachim Vorneweg ist Diplom-Tropentechnologe und Diplom-Ingenieur für Holztechnik. Nach dem Studium arbeitete er in der Entwicklungshilfe in Kamerun und Togo. Außerdem ging er nach Bosnien. Zuletzt war Vorneweg Öffentlichkeitsreferent bei der Aktion „Fair Play – Fair Life“, der Kampagne zum Fairen Handel bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland.

Quelle: EKiR-Pressemitteilung Nr. 74 / 2007 - 26.3.2007 - fluechtlingsarbeit@kirche-bremen.de ■

Ausländerbeirat: Migranten auf Kommunalwahllisten

AUGSBURG. In der Vollversammlung des Ausländerbeirats der Stadt Augsburg vom 26. März wurde beschlossen, die im Augsburger Stadtrat vertretenen Parteien dazu aufzurufen, bei der Aufstellung der Listen für die Kommunalwahl verstärkt Migranten zu berücksichtigen.

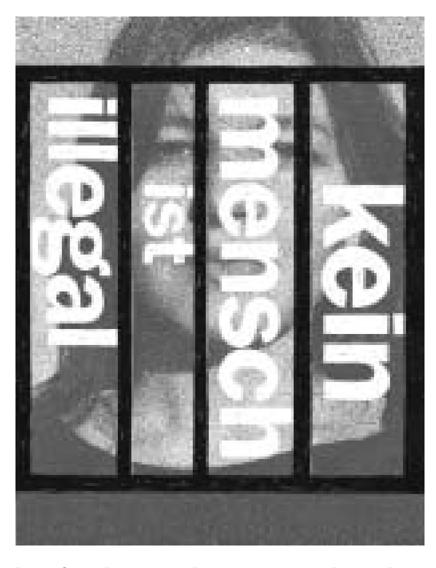
In dem entsprechenden Schreiben des Vorsitzenden des Ausländerbeirats Nazim Kücük an die Stadtratsfraktionen heißt es: „Trotz der wiederholten Initiative von Ausländerbeiräten vieler Städte lässt das Wahlrecht für Migranten ohne deutschen oder EU-Pass weder die aktive noch passive Wahlausübung bei den Gemeinderatswahlen zu.“ Es wird angeregt, „bei der Aufstellung der Wahllisten in besonderer Weise Frauen und Männer mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen und diesen auch den Zugang zu Listenplätzen zu gewähren, welche die Aussicht auf den Einzug in den Stadtrat gewähren.“ Zur Begründung heißt es: „Eine verstärkte Berücksichtigung von Migrantinnen und Migranten würde nicht nur die Vertretung eines Drittels der Stadtbevölkerung im Stadtrat verbessern. Sie wäre auch für Frauen und Männer mit einer nichtdeutschen Herkunft ein wichtiges Signal dafür, dass sich der Einsatz im Rahmen der etablierten Parteien lohnt, und könnte die Partizipation an der Basis dauerhaft befruchten.“ *mf* ■

Familientrennung auf Staatskosten?

HANNOVER. Kinder verlieren mit einer Abschiebung der Eltern auch ihre Existenzgrundlage. Deshalb wird sich Heidi Hleis wohl nicht auf ihren 18. Geburtstag freuen: An diesem Tag, dem 23.07.2007, endet das Aufenthaltsrecht ihres Vaters Mohamad Hleis (43), ihrer Stiefmutter Mariam Hleis (32) und ihrer drei jüngeren Geschwister Inas (13), Amin (8) und Amina (3). Sie sollen nach dem Willen der zuständigem Ausländerbehörde Hannover danach das Land verlassen und notfalls abgeschoben werden. Lediglich der ältere Bruder Marcel (19) soll in Deutschland bleiben dürfen. Der Familienvater lebt insgesamt 12 Jahre in Deutschland. Die Familie spricht hervorragend deutsch, lebt vom Einkommen des Familienvaters und ist auch ansonsten in die deutschen Lebensverhältnisse bestens integriert. Weil die Familie sich jedoch zwischenzeitlich lange im Ausland aufgehalten hat, soll die Aufenthaltserlaubnis nur noch so lange erteilt werden, bis die beiden deutschen Kinder volljährig sind. Hier liegt eine Paradebeispiel dafür vor, wie bürokratische Paragraphenreiterei zum Unglück einer Familie wird, für das der Steuerzahler auch noch aufkommen soll.

Zur Vorgeschichte:

Herr Hleis ist gebürtiger Libanese und erhält nach der Scheidung von seiner deutschen Ehefrau das Sorgerecht für die beiden Kinder Heidi und Marcel. 1994 heiratet Herr Hleis eine Libanesin. Aus dieser Ehe gehen drei weitere Kinder hervor. Die Familie lebt mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis in Deutschland. 1995 reist Frau Hleis mit den Kindern in den Libanon, Herr Hleis folgt ein Jahr später. Dort leben sie fast zehn Jahre lang. 2003 siedelt die Familie nach Schweden um, wo der jüngste Sohn geboren wird. Auf Wunsch von Heidi und Marcel ziehen die Hleis im Mai 2004 ohne Visum nach Deutschland in der Absicht, hier nun dauerhaft ihren Wohnsitz zu nehmen. Ein Visum hätte zwar erteilt werden müssen, aber die schwedischen Behörden hatten die Pässe einbehalten. Doch das fehlende Visum zur Einreise



hat für die Familie gravierende Folgen: Die Ausländerbehörde weigert sich, der Familie eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Nur solange die beiden deutschen Kinder minderjährig sind, darf die Familie in Deutschland bleiben. Wenn Heidi volljährig wird, endet auch die Aufenthaltserlaubnis der Eltern und der drei kleineren Kinder, sie müssen danach mit einer Abschiebung rechnen.

Herr Hleis ist erwerbstätig und sorgt selbständig für den Familienunterhalt. Seine Abschiebung hätte zur Folge, dass Heidi und Marcel ohne die intakten familiären Bindungen und ohne finanzielle Unterstützung in Deutschland zurückbleiben würden und noch vor ihrem angestrebten Abitur zu Hartz IV- Empfängern werden würden. Die beiden Jugendlichen besuchen die IGS Linden und werden voraussichtlich 2009 bzw. 2010 die Schule mit Abitur absolvieren. Ob sie eine dauerhafte Trennung von ihrer Familie allerdings schadlos verkraften, darf bezweifelt werden.

Wir fordern die Stadt Hannover auf, der Familie Hleis auch über den 23.7.2007 hinaus eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen und auf die beabsichtigte Familientrennung auf Staatskosten zu verzichten.

Presseerklärung Nds. Flüchtlingsrat ■

„Problem nicht gelöst, sondern vertagt“

BERLIN. Mit der Einigung der großen Koalition auf einen Kompromiss bei der Bleiberechtsregelung am 13. März ist der Weg frei für eine Änderung des Zuwanderungsgesetzes. Der Interkulturelle Rat (IR), Pro Asyl und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) haben am 26. Februar 2007 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz eine ausführliche Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union“ vorgestellt. Darin heißt es unter anderem: „Das Zuwanderungsrecht sollte ursprünglich den Weg ebnen, vom Ausländerab-

wehrrecht in eine Gesellschaft, die Einwanderung gestaltet, Integration fördert und Flüchtlinge besser schützt.“ Diese Ziele seien verfehlt worden. Die Mängel des Zuwanderungsgesetzes würden immer deutlicher. „Das Ausländerrecht ist weitgehend Gefahren abwehrrecht geblieben: Die Zuwanderungsmöglichkeiten sind eng begrenzt, Integrationspolitik wird auf den Erwerb von Deutschkenntnissen reduziert und die humanitären Regelungen für Flüchtlinge greifen nicht.“ In allen Bereichen bleibe das Gesetz hinter dem zurück, was ein modernes Zuwanderungsrecht leisten müsse.

Vor allem kritisieren Pro Asyl, IR und DGB die geplante Verschärfung des Ehegattennachzugs, so soll der Ehepartner schon vor der Einreise Deutsch kenntnisse nachweisen. In der Praxis sei der Spracherwerb im Ausland meist nur für Angehörige der großstädtischen Oberschicht möglich. Der Familiennachzug werde damit zur sozialen Selektion und das Grundrecht, als Familie zusammenleben zu können, gelte nur noch für Privilegierte.

Weiterhin müssen sich die Politiker Kritik an der Strafandrohung bei Versäumen von Integrationskursen gefallen lassen: „Die so genannten Integrationskurse geraten mehr und mehr zu einem Dressurakt, den die betroffenen Zuwanderer unter dem Damoklesschwert sozialrechtlicher Sanktionen und Bußgeldzahlungen zu absolvieren haben.“

Letztendlich seien die verstärkte Abschottung gegen Flüchtlinge und eine fehlende gesetzliche Regelung gegen Kettenduldungen – lediglich eine einmalige Bleiberechtsregelung bekam die Regierungskoalition zustande – ein Ärgernis und Armutszeugnis. In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 14.03.2007 kritisiert der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günther Burkhard: „Die Politik hat das Problem nicht gelöst, sondern vertagt. Der Gesetzgeber hat gekniffen, indem er jetzt eine einmalige Regelung getroffen hat. Ich fürchte, wir werden in zwei, drei Jahren sehen, dass viele keine Chance auf eine Aufenthaltsverfestigung hatten. Die Politik wird dann erneut vor dem gleichen Problem stehen.“

Erklärung von Pro Asyl, Interkultureller Rat und DGB zur geplanten Änderung des Zuwanderungsgesetzes Quelle: „Forum Migration April 2007“ ■

PRO ASYL: Mehr Haft, weniger Rechtsschutz, mehr Ausgrenzung

BERLIN. Getarnt als Gesetzentwurf zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union ging am 28.3. ein ganzes Paket mit ausländerrechtlichen Verschärfungen ins

weiter Seite 14

Flüchtlingsexodus aus dem Irak – Europa schaut weg

FRANKFURT/BRÜSSEL. Im Irak findet eine humanitäre Katastrophe statt, die öffentlich bislang kaum wahrgenommen wurde. Jeden Monat fliehen 50.000 Menschen aus dem Irak, knapp 2 Millionen irren als Binnenflüchtlinge im Land umher. Der Europäische Flüchtlingsrat ECRE und PRO ASYL fordern die europäischen Staaten auf, nicht länger wegzuschauen, sondern gemeinsam und solidarisch zu helfen.



Europa betreibt momentan eine Politik der Abwehr, Abschreckung und Entrechtung irakischer Flüchtlinge. Nur knapp jeder zehnte Flüchtling aus dem Irak erhält einen Schutzstatus in der EU. „Solidarität mit den Nachbarstaaten, ein großzügiges Flüchtlingsaufnahmeprogramm der EU-Mitgliedstaaten, ein europaweiter Abschiebestopp und ein menschenwürdiges Leben für irakische Schutzsuchende in Deutschland und Europa wären eine Voraussetzung für ein glaubwürdiges Handeln der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten“, so Richard Williams, EU-Repräsentant von ECRE.

Die unrühmliche Rolle Deutschlands – tausendfach Flüchtlingsstatus widerrufen

Deutschland spielt eine besonders unrühmliche Rolle beim Umgang mit Schutzsuchenden aus dem Irak. Nur 189 Iraker bekamen 2006 Schutz in Deutschland. Gleichzeitig wurde über 4.200 irakischen Flüchtlingen der Flüchtlingsstatus entzogen. „Die europaweit einzigartige Widerrufspraxis Deutschlands muss beendet werden. Sie ist völkerrechtswidrig, inhuman und kurzsichtig“, so Hubert Heinhold, stellvertretender Vorsitzender von PRO ASYL.

Abschiebungsandrohung statt Solidarität

Es sind nicht die wohlhabenden europäischen Staaten, die irakische Flüchtlinge aufnehmen, sondern die Staaten in unmittelbarer Nachbarschaft. Seit Beginn des Krieges vor vier Jahren flüchteten über zwei Millionen Menschen aus dem Irak. Nur 19.400 Flüchtlinge erreichten 2006 das Territorium der EU, der größte Teil stellte in Schweden einen Asylantrag (9.000). Anstatt Flüchtlinge aus der Herkunftsregion aufzunehmen, planen bundesdeutsche und zahlreiche europäische Innenminister, irakische Flüchtlinge „baldmöglichst“ in ihre Heimat abzuschieben. Diese Politik gegenüber irakischen Flüchtlingen ist menschenrechtswidrig und zutiefst beschämend. Es existiert kein gemeinsames EU-Flüchtlingsaufnahmeprogramm (Resettlement). Die EU lässt die Nachbarstaaten des Irak im Stich. Der UNHCR sucht händeringend 20.000 Resettlementplätze für besonders Schutzbedürftige.Vor der internationalen Irak-Konferenz (17./18. April in Genf) und dem Treffen der EU-Innenminister (18./19. April in Luxemburg) appellierten ECRE und PRO ASYL an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die Initiative für eine humanitäre Flüchtlingspolitik zu ergreifen.Sie forderten:

- Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) aus den Nachbarstaaten des Irak: Die EU sollte als Akt der internationalen Solidarität und als Ausdruck ihrer Verantwortung für den internationalen Flüchtlingsschutz mindestens 20.000 Resettlementplätze für irakische Flüchtlinge zur Verfügung stellen.
- Zugang nach Europa: Die EU-Mitgliedsstaaten sollten irakischen Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen den Zugang zu Schutz gewähren.
- Faires Asylverfahren: Irakischen Asylsuchenden ist Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention zu gewähren. Sie sind zumindest Opfer „willkürlicher Gewalt... im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen Konflikts“ (Art 15c EU- Qualifikationsrichtlinie) und haben deshalb einen Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis.
- Die völkerrechtswidrige Widerrufspraxis in Deutschland ist unverzüglich einzustellen. Den Leidtragenden dieser Praxis – über 18.000 irakischen Flüchtlingen wurde zwischen 2003 und 2006 der Status entzogen – muss ein sicherer Aufenthaltsstatus gewährt werden.
- Keine Abschiebungen aus europäischen Ländern in den Irak.
- Einige EU-Staaten schieben trotz eskalierender Gewalt im Irak Flüchtlinge ab. Die EU-Staaten müssen einen Abschiebestopp für alle Teile des Iraks verhängen, auch für die autonomen kurdischen Provinzen im Nordirak.

gez. Karl Kopp - Europareferent von PRO ASYL/Vorstandsmitglied von ECRE Pro Asyl -Presseerklärung 12.4.07 ■

Bundeskabinett. PRO ASYL kritisiert den Inhalt dieses Antiausländerpakets als repressiv und vom Geist der Abschottung geprägt. Das Resultat ist absehbar: Mehr Haft, weniger Rechtsschutz, mehr Ausgrenzung.

Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, werden Tausende zusätzlicher Haftplätze entstehen. Denn Asylsuchende, die in einen anderen EU-Staat überstellt werden sollen, weil dieser zuständig ist, werden keine Chance mehr haben, gegen diese Abschiebung Rechtsmittel im Eilverfahren einzulegen. Sie werden in der Regel in Zurückweisungshaft genommen.Eine Regelung aus Absurdistan ist die Rücknahme der bisherigen Einbürgerungserleichterungen für junge Erwachsene. Bislang können unter 23-Jährige sich einbürgern lassen – auch ohne ihren Lebensunterhalt selbst sichern zu können. Das ist sinnvoll, damit Studenten und Auszubildende ein Studium oder die Ausbildung nicht abbrechen und arbeiten müssen, um sich einbürgern zu lassen. Die geplante Änderung ist integrationsfeindlich, weil sie die sinnvolle Wahrnehmung einer Bildungschance zum möglichen Nachteil macht. Ein Schildbürgerstreich – müsste doch bei zuletzt stark gesunkenen Einbürgerungszahlen das Interesse an der Einbürgerung qualifizierter Jugendlicher groß sein. Seinen angeblichen Zweck, nämlich die Umsetzung von EU-Richtlinien, löst das Gesetz nur unzureichend ein. Obwohl eine EU-Richtlinie zu den Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge vorsieht, dass Personen in schwierigen Lebenssituationen besondere Rechte zustehen, wird dies im Gesetzentwurf nicht umgesetzt. Der Entwurf gewährleistet nicht, dass Minderjährige ggf. Zugang zu psychologischer Betreuung und notwendigen Rehabilitationsmaßnahmen haben müssen. Er regelt nicht den Anspruch der Opfer von Folter und Gewalt auf die erforderliche Behandlung.

Der verbesserte Schutz, den die sog. EU-Qualifikationsrichtlinie für Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten, insbesondere Bürgerkriegsflüchtlinge vorsieht, wird manipulativ und unzureichend in nationales Recht umgesetzt.

PRO ASYL fordert die Abgeordneten des Bundestages auf, im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens darauf hinzuwirken, dass ein Gesetz herauskommt, das rechtsstaatlichen Ansprüchen genügt.

Quelle: Presseerklärung Pro Ayl 28. März 2007 - flucht@nds-fluerat.org ■

EU-Minister fordern: Aufrüsten gegen Flüchtlinge

Die EU-Innenminister haben bei ihrem letzten Treffen verschärfte Kontrollen an den EU-Außengrenzen beschlossen. Dazu die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke:

„Die EU rüstet die Grenzschutzagentur .Frontex‘ massiv auf. Die 450 jederzeit abrufbaren Angehörigen der Frontex-Soforteinsatzteams bilden praktisch eine paramilitärische Bereitschaftstruppe. Zusätzlich zu den bisherigen Patrouillen sollen 116 Schiffe, 27 Hubschrauber und 21 Flugzeuge in ständiger Bereitschaft gehalten werden, um Jagd auf Flüchtlinge zu machen. Hinzu kommen verschärfte Patrouillen in speziellen Küstenabschnitten. Das ist Krieg gegen Flüchtlinge!

Damit bleibt die EU bei ihrer Haltung, Menschen, die vor Not und Verfolgung fliehen, als Bedrohung wahrzunehmen und als Kriminelle zu diffamieren. Kriminell aber ist nicht, wer unter Lebensgefahr flieht, sondern wer bedrohte Menschen in noch größere Gefahr bringt. Genau darauf läuft es nämlich hinaus, wenn die EU-Armada vor allem im Mittelmeer und vor den Kanarischen Inseln aufgerüstet wird: Flüchtlinge werden damit nur zu noch weiteren und gefährlicheren Umwegen gezwungen.

Dass EU-Kommissar Frattini den Ministerbeschluss als „Beispiel europäischer Solidarität“ lobt, ist der Gipfel an Menschenverachtung: Frattinis Solidarität gilt nicht den Flüchtlingen, sondern ihrer Abwehr. Ein positives Beispiel böte die EU nur dann, wenn sie endlich humane Einwanderungsregeln beschließen würde.

Ulla Jelpke, MdB
http://www.ulla-jelpke.de
http://www.linksfraktion.de/ ■

Umsetzung der Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien

Die Arbeitsgruppe Gleichbehandlung des „Forums gegen Rassismus“ gibt in unregelmäßigen Abständen einen Info-Brief heraus, der als Forum des Informations- und Meinungsaustauschs gedacht ist. Die aktuelle Ausgabe vom Februar 2007 beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien.

Der im „Europäischen Jahr gegen Rassismus“ 1997 aufgenommene Dialog zwischen staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurde im nationalen deutschen Folgegremium „Forum gegen Rassismus“ fortgesetzt und weiterentwickelt.

Im März 1998 hat sich dieses Gremium schließlich konstituiert und umfasst mittlerweile rund 80 Organisationen – davon rund 60 Nichtregierungsorganisationen – die sich für die Überwindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt einsetzen. Es fungiert auch als „Nationaler runder Tisch“ im Sinn der Grundsätze der „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (EUMC).

Die Arbeitsgruppe Gleichbehandlung des Forums hat den Auftrag, die Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinen zu begleiten, Informationen zu sammeln und den Austausch über den Stand der Umsetzung und über Beispiele gelungener Praxis zu fördern.

Die aktuelle Ausgabe des Info-Briefs würdigt zuerst einmal die Tatsache, dass in Deutschland die Anti-Diskriminierungsrichtlinien der EU endlich umgesetzt wurden, nämlich in Form des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

In dem Artikel „Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – Einführung und Würdigung“ geht der Autor Rainer Nickel auf die äußerst blamable Entstehungsgeschichte ein: „Das Gesetz setzt vier EG-Richtlinien um, wobei drei von ihnen schon seit Jahren hätten umgesetzt werden müssen. Der erste Versuch einer solchen Umsetzung scheiterte im Jahr 2002 nach nur wenigen Wochen, der zweite Versuch kam über einen Vorentwurf ebenfalls nicht hinaus, und der dritte Anlauf scheiterte schließlich am energischen Widerstand der damaligen Bundestagsopposition CDU und FDP.“ Die Umsetzung ist daher an sich schon als kleines Wunder zu bewerten, „ob es gut geworden ist, wird jedoch die Praxis zeigen“. *Quelle: „Forum Migration April 2007“* ■



Die neue Hinterland, das Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrates in seiner vierten Ausgabe, ist da!
Mit dem Schwerpunkt: „Lass uns nicht von Sex reden“ haben wir – hoffentlich – einen streitbaren und abwechslungsreichen Mix für unsere LeserInnen zusammengestellt.
Bestellen können Sie die Hinterland hier: http://www.hinterland-magazin.de/bestellen.html
Eine Ausgabe der Hinterland kostet 4,50 Euro (zzgl. 1,50 Euro für Porto & Versand). Ein Abonnement kostet solide 21,00 Euro (vier Ausgaben pro Jahr). Fördermitglieder des Bayerischen Flüchtlingsrates erhalten die Hinterland automatisch. Mitglied werden Sie hier: www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Westfälischer Kongress gegen Neofaschismus geplant

„Von rechten Konzerten in Greven oder Lippstadt, Angriffen auf Einwanderer oder Wohnungslose, neofaschistischen Demonstrationen in Hamm, Minden, Bielefeld und Münster, rechten Lifestyle-Läden oder der DVU im Dortmunder Stadtrat. Die Palette reicht weit," so der Münsteraner GEW-Geschäftsführer und einer der Sprecher des Bündnisses „Münster gegen Nazis!" Carsten Peters. „Auch in Westfalen nehmen rechtsextreme Umtriebe zu". Ebenso weite sich das Engagement aus der Mitte der Gesellschaft dagegen aus.

Um bereits bestehende regionale Aktivitäten zusammenzuführen und zu stärken wird das Bündnis „Münster gegen Nazis!" am 9. Juni 2007 einen Kongress unter dem Motto „Zivilcourage gegen Nazis! – Wie macht man das?!?" in Münster durchführen. „Eingeladen sind alle Aktiven und Aktiv-Werden-Wollenden aus ganz Westfalen", so Peters weiter.

„Den rechten Umtrieben etwas entgegen zu setzen, ist die Devise. Es gibt viele örtliche Initiativen gegen Faschismus und Rassismus. Diese arbeiten aber meistens unabhängig voneinander. Aus den erfolgreichen Aktionen anderer kann man aber lernen. Das soll dieser Kongress leisten", so beschreibt Peters die Motivation des Bündnisses, den Kongress durchzuführen.

Um eine gemeinsame inhaltliche Grundlage zu schaffen wird der bekannte Soziologe Prof. Dr. Arno Klönne aus Paderborn über historische und aktuelle Strategien der Nazi-Szene referieren. Anschließend soll in verschiedenen Arbeitsgruppen das Thema vertieft werden. Unter anderem sind Arbeitsgruppen zu verschiedenen Aktionsformen gegen Neofaschismus, zu der Ideologie verschiedener Strömungen des Neonazismus oder auch zu neofaschistischer Jugendkultur und zur Vernetzung bestehender Initiativen gegen Rechts geplant.

Das Programm wird durch die Ausstellung „Rechtsum und ab durch die Mitte", das Impro-Theater „Scharf im Wolfspelz" und verschiedene Informationsstände von Initiativen gegen Nazismus und rechte Gewalt (Zum Beispiel die „Aktion Noteingang") abgerundet.

Informationen und Anmeldung unter: www.muenster-gegen-nazis.de/

Über das Bündnis „Münster gegen Nazis!":
Das Bündnis „Münster gegen Nazis" hat sich Anfang 2006 gegründet. Der Anlass war ein durch Freie Kameradschaften angemeldeter Nazi-Aufmarsch im Februar.
Die Gründungsmitglieder des Bündnis "Münster gegen Nazis!": Aktionsbündnis gegen den Krieg – Arbeitsgemeinschaft Münsterischer Frauenorganisationen – attac – Ausländerbeirat – Bezirksschülervertretung Münster – Bündnis 90/Die Grünen/GAL Münster – CDU Münster – Deutsch-Persische Kulturbrücke „POLL" – DFG-VK – DGB und Einzelgewerkschaften – Die Brücke – DIG – Deutsch-Israelische Gesellschaft – DKP – Erhaltet den Hawerkamp e.V. – Evang. Kirchenkreis – Evang. Studierendengemeinde (ESG) – FDP Münster – FIM e.V. – Friedensforum Münster – Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster – Jüdische Gemeinde Münster – Kaktus - Junge Grüne Münster – Katholische Arbeitnehmerbewegung – KCM e.V. – kfd Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands 'Stadtfrauen Münster' – Motorradclub Kuhle Wampe – ödp Münster – PDS Münster – Ratsfraktionen, hier die friedenspolitischen Sprecher – SPD Münster – Sportverein Blau-Weiß Aasee – Spuren finden – Stadtkomitee der Katholiken – SysteAm-Münster – Treffpunkt Waldsiedlung e.V. – Umweltforum – UWG Münster – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) – Villa ten Hompel – WASG Münster.

Bündnis „Münster gegen Nazis", c/o GEW Münster, Zumsandestr. 35, 48145 Münster, Tel. 0251 - 3 39 08, demo@muenster.org, www.muenster-gegen-nazis.de ■

Odessa. Die wahre Geschichte – Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher

Veranstaltungen mit Uki Goñi zu seinem Buch

- 4. Mai München, 20 Uhr, Seidlvilla (Gorbach Saal), Nikolaiplatz 1 b, Unkostenbeitrag: 8 Euro / 5 Euro erm.
- 16. Mai, Köln, 19 Uhr, EL-DE-Haus, Appellhofplatz 23-25

Einem komplizierten Puzzlespiel gleich deckt der argentinische Journalist Uki Goñi das gigantische Netzwerk auf, das Kriegsverbrecher und Massenmörder vor der Verfolgung von Europa nach Südamerika rettete. Uki Goñi recherchiert den wahren Kern der Odessalegende, jener fiktiven „Organisation ehemaliger SSAngehöriger", deren Machenschaften im Klassiker „Die Akte Odessa" des britischen Thriller Autors Frederick Forsyth im Mittelpunkt stehen.

Viele Akten aus den Geheimarchiven der argentinischen Einwanderungsbehörde wurden bereits 1955, kurz vor dem Sturz von Präsident Juan Domingo Perón, beseitigt. Eine weitere Säuberungsaktion fand 1996 statt. Dennoch gelingt es Goñi nachzuweisen, dass Perón „in so dreister Weise und in direkter Komplizenschaft mit den Kriegsverbrechern die größte Fluchtoperation in den Annalen der Verbrechensgeschichte aushecken konnte". Ein ausgetüfteltes System verschaffte ab 1946 u.a. über 100 französischen Kollaborateuren falsche Papiere, ab 1947 erhielten kroatische Ustaschen Einreisepapiere und ab 1948 kamen die deutschen Nazis in den Genuss der Fluchthilfe. Insgesamt gelangten mindestens 300 NS-Kriegsverbrecher über sogenannte Ratlines nach Argentinien. Die Liste der Geflüchteten liest sich wie das Who is Who der meistgesuchten Nazis: Adolf Eichmann, Josef Mengele, der für die Massaker in den ardeatinischen Höhlen verantwortliche SS-Offizier, Erich Priebke, der Gestapochef von Lyon, Klaus Barbie, die Kommandanten von Sobibor und Treblinka, Franz Stangl und Gustav Wagner und der SS-Kommandant in polnischen Zwangsarbeiterlagern, Josef Schwammberger, die so (zunächst) ihrem sicheren Todesurteil durch alliierte Tribunale entkommen konnten.

Akribisch dokumentiert Uki Goñi das komplexe System, wer daran beteiligt war und wie versucht wurde und wird, es zu vertuschen. Perón und seine Helfer wären allerdings ohne den Vatikan nicht in der Lage gewesen, diese Massenflucht aus Europa zu organisieren. Nach Erscheinen der britischen Ausgabe von Odessa räumten Kirchenvertreter 2002 ein, dass einzelne Bischöfe verwickelt gewesen sein mögen, negierten aber die aktive Beteiligung der Institution Kirche und von Papst Pius XII an der Fluchthilfe. Das Buch beweist das Gegenteil. Der kleine linke Verlag Assoziation A hat hier ein längst überfälliges Werk zugänglich gemacht. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Rassismus, Nationalismus, Anti-Feminismus, Holocaust-Leugnung

Wenn die „Deutsche Stimme“ den Deutschen das Deutschtum eindeutscht

Als Parteiorgan der NPD konzipiert, fegt die „Deutsche Stimme“ (DS) seit 1976 durch den Blätterwald der BRD. Als Chefredakteur fungiert derzeit Holger Apfel.

Monat für Monat wird hier ein trübes Süppchen schwarz-brauner Couleur zusammengebraut, das nicht nur unverbesserliche Gemüter genüsslich schlürfen, sondern in gleicher Weise die jeweiligen Vertreter solcher Kreise, die mit ihrem rechtskonservativen Gedankengut längst auf dem Sprung sind zur extrem rechten Ecke der BRD. Da Holger Apfel darüber hinaus der NPD im sächsischen Landtag vorsitzt, muss davon ausgegangen werden, dass NPD-Anhänger die bevorzugte Klientel der DS bilden.

In der jüngsten DS-Ausgabe von April 07 befassen sich die Autoren, die ausnahmslos männlichen Geschlechts sind, mit folgenden Themen: Forderung nach Todesstrafe für solche Sexual-Straftäter, die in der BRD strafrechtlich verurteilt worden sind ● G8 bzw. Globalisierung ● NPD Institution Familie/ Frauenemanzipation ● Monroe-Doktrin ● Sigmar Gabriel ● Asylpolitik/ Bleiberecht/ Abschiebung ● Israelisch-Palästinensischer Konflikt/ Krieg ● Verhältnis zwischen Christen und Heiden ● Die jungen Rechten in Österreich.

Diese Übersicht zeigt zwar bei oberflächlicher Betrachtung das Bemühen der DS-Autoren, verstärkt auch solche Bereiche zu besetzen, die bis vor kurzem v.a. von solchen Autoren behandelt wurden, die, nicht zuletzt korrespondierend mit ihrem Selbstverständnis, als politisch links verortet wurden. Jedenfalls kann nicht von vornherein erwartet werden, dass Themen wie G8, Frauenemanzipation, Asylpolitik etc. in einem Blatt auftauchen, in dem rechtsextreme/revisionistische Ziele propagiert werden. Ein solcher Versuch der DS-Autoren, sich ein den Erfordernissen des politischen Mainstream angepasstes Image zu verpassen, fliegt jedoch spätestens dann als billiges Täuschungsmanöver auf, wenn die einzelnen DS-Veröffentlichungen einer eingehenden Analyse unterzogen werden.

So heißt es im Zusammenhang mit den Anti-G8-Protesten:

„All dieser aggressiv vorgetragene Aktionismus kann aber nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass es einen inneren Zusammenhang zwischen linker Ideologie und Globalisierung gibt. Letztere, verstanden als weltweite Durchsetzung des marktwirtschaftlichen Prinzips, wird ideologisch und ideengeschichtlich flankiert und legitimiert von Liberalismus, Individualismus und Menschenrechts-Ideologie. So beklagt man letztlich seitens der linken Protestler auch nicht ein Zuviel, sondern eher ein Zuwenig an Globalisierung. Diese widersprüchliche, ja verlogene Haltung lässt sich am Beispiel der Weltnetzpräsenz von »attac« studieren. Auf der Heimseite dieser wohl bekanntesten Organisation linker Globalisierungs-Kritiker werden einerseits die G-8-Staaten wegen ihrer »sozial ungerechte(n), … militaristisch imperiale(n) Politik« verurteilt. Gleichzeitig aber tritt man »für globale Bewegungsfreiheit« ein. Mit »Bewegungsfreiheit« ist hier aber mitnichten etwa nur Reisefreiheit gemeint, gegen die es selbstverständlich nichts einzuwenden gibt, sondern eine weltweite Niederlassungsfreiheit für alle. Diese wiederum ist Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren eines globalisierten Wirtschaftssystems, das mit seiner Verwertungslogik den Menschen auf die Funktionsrolle eines Produzenten und Konsumenten abzüglich all seiner traditionellen Identitäten wie ethnische oder nationale Bindung reduziert. Die daraus resultierenden ethno-osmotischen Prozesse zersetzen langfristig alle gewachsene völkische Substanz.“ (Thomas Drescher: G-8 ante Portas! Bushisten müssen mit nationalem Empfangskommitee rechnen.)

Nicht nur werden disparate Sachverhalte miteinander vermengt und nachfolgend in die eigene Argumentation eingezwängt: Selbst wenn eine erhöhte Bewegungsfreiheit kapitalistisch ausgenützt werden könnte, ist dies kein Argument gegen die Bewegungsfreiheit, sondern allenfalls gegen kapitalistische Verwertungsprinzipien. Darüber hinaus wird mit der Forderung nach dem Schutz der „völkischen Substanz“ ein Relikt aus dem Faschismus wiederbelebt, das seinerzeit als Legitimationsbasis diente für den Versuch, ganze Nationen und deren Angehörige entweder gnadenlos zu unterjochen oder ebenso gnadenlos auszurotten.

Dazu passt es dann auch vorzüglich, dass Andreas Molau in derselben DS-Ausgabe den von NS-Deutschen verübten Völkermord an den Angehörigen jüdischen Glaubens zum „israelischen Legitimationsmythos“ umdefiniert und damit quasi „zwei Fliegen mit einer Klappe“ schlägt: Erstens ist der NS-Holocaust gemäß einer solchen Sichtweise ein „Mythos“, hat also niemals stattgefunden (Stichwort: Auschwitz-Lüge); zweitens sind und waren jegliche Forderungen von israelischer Seite nach Rückbesinnung und seinerzeit nach Wiedergutmachung von vornherein „illegitim“, also unberechtigt. (Vgl. Andreas Molau: Keine politische Verwertung, bitte!)

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung des in der DS propagierten Frauenbildes. Auf der Basis einer verqueren Analyse des in der BRD geltenden Scheidungsrechts, in deren Rahmen den Männern uneingeschränkt ein Opferstatus zuerkannt wird, erhält die unausgesprochene Forderung ihre vermeintlich gesellschaftspolitische Relevanz, dass Frauen heim ins eheliche Bett und an den Herd gehören, um für die Produktion und die Aufzucht der Kinder verfügbar zu sein. (Vgl. Friedrich Weider: Verbrannte Erde. Die Institution der Familie steckt in einer schweren Krise.)

Dies sind nur drei Beispiele, vor deren Hintergrund konstatiert werden kann und muss, dass in der „Deutschen Stimme“ ungeachtet der Versuche einzelner Autoren, an linke Inhalte anzudocken und diese für die eigene Argumentation zu vereinnahmen, ein uneingeschränkt rechtsextremes bzw. revisionistisches Weltbild propagiert wird. *gh* ■